

Politischer Jahresbericht

## Russland 2007/2008



**Moskau**

**Länderbüro Russland, Juli 2007 – Juni 2008**

Jens Siegert

Juli 2008

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>3</b>
<b>1. Der neue Präsident und die Hoffnung der Hoffnungslosen.....</b>	<b>5</b>
<b>2. Wahlen ohne Opposition - Opposition ohne Wahl.....</b>	<b>9</b>
<b>3. Kontrollierte Zivilgesellschaft.....</b>	<b>15</b>
<b>4. Außenpolitik nach dem Georgienkrieg.....</b>	<b>17</b>
<b>5. Die Angst der EU vor Russland.....</b>	<b>22</b>
<b>6. Vom Fortwirken der Geschichte.....</b>	<b>24</b>
<b>7. Reiches Land, armes Land. Russlands Boom ohne Modernisierung.....</b>	<b>26</b>
<b>8. Ökologie, Energie, Klima.....</b>	<b>27</b>
<b>Ausblick .....</b>	<b>30</b>

## Zusammenfassung

Zwei Jahrzehnte nach Beginn der Perestroika ist Russland ein autoritärer Staat. Unter Präsident Wladimir Putin wurde zielgerichtet ein hochgradig zentralisiertes politisches System installiert, in dem bürgerliche Freiheits- und Beteiligungsrechte systematisch außer Kraft gesetzt sind. Mit den Dumawahlen im Dezember 2007 und dem Wechsel im Präsidentenamt hat der Kreml gezeigt, dass er den öffentlichen politischen Raum in Russland nach Belieben beherrscht. Russland bleibt zwar formal ein demokratisch verfasstes Land mit einer im Großen und Ganzen liberalen Verfassung und allen Attributen eines modernen demokratischen Staatswesens. Alle Institute sind aber ihrer Sinn gebenden demokratischen Inhalte und der dazu gehörenden ethischen wie moralischen Grundlagen weitgehend beraubt.

Zur Absicherung seiner Macht hat der Kreml ein zwar nicht erklärtes, aber de facto lange angestrebtes Monopol auf öffentliche Politik in Russland durchgesetzt. Das Parteiensystem dominieren von ihm geschaffene und kontrollierte Surrogatparteien. Die liberalen Parteien wurden marginalisiert oder mit Hilfe des verschärften Parteiengesetzes zum Jahreswechsel 2006/2007 aufgelöst. Neue, nicht im Kreml erdachte Parteien, werden nicht zugelassen. Während in demokratischen Ländern bei Wahlen die Regel gilt „Klare Spielregeln – unsicherer Ausgang“, heißt es heute in Russland: „Unklare Spielregeln – klarer Ausgang“.

Dringend notwendige politische und soziale Reformen wurden in den vergangenen Jahren dem Machterhalt untergeordnet. Das auf den ersten Blick robuste russische Wirtschaftswachstum wird zunehmend von strukturellen Krisen bedroht. 2007 stieg die Inflation auf fast 12 Prozent. Für 2008 sagt die Weltbank mehr als 15 Prozent voraus. Vor allem die Preise für Nahrungsmittel und Waren des täglichen Bedarfs stiegen noch stärker. Der ohnehin schon große soziale Riss zwischen einer kleinen reichen Oberschicht, einer noch sehr dünnen Mittelschicht und der großen Masse der Bevölkerung droht noch größer zu werden. Das Gesundheitssystem, das Bildungssystem, der soziale Wohnungsbau und andere soziale Bereiche sind durch und durch korrumpiert. Zaghafte Reformansätze kommen kaum über populistische Ankündigungen hinaus. Zwar hat der seit Mai 2008 amtierende Präsident Dmitrij Medwedjew all diese Probleme in den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit benannt. Dann kamen der Krieg in Georgien und die weltweite Finanzkrise. Ob die politische Führung den Willen und die Mittel hat, die von Medwedjew angemahnten durchgreifende Reformen durchzusetzen, ist fraglicher denn je

Um den Wechsel im Präsidentenamt abzusichern, schränkte der Kreml die politische Freiheit 2007 noch weiter ein. Zudem begann in den staatskontrollierten Medien eine antiwestliche Kampagne, die Russland als von Feinden umzingeltes Land darstellte, das nur dank der starken Hand Putins seine Unabhängigkeit bewahren könne. Der Krieg in Georgien hat diese schon ein wenig stiller werdende national-patriotische Kampagne erneut und mit noch größerer Macht angefacht. Kristallisationspunkte des gespannten Verhältnisses zur USA und der EU der Wunsch der Ukraine und Georgien sein, der NATO beizutreten. Die russische Außenpolitik, die sich lange uneindeutig zwischen politischer Konfrontation und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Westen bewegt hat, neigte durch den Krieg stark ersterem zu. Erst die Finanzkrise scheint der politischen Führung erneut verdeutlicht zu haben, dass eine durchgreifende Modernisierung des Landes nur in Zusammenarbeit und nicht in Konfrontation mit dem Westen möglich ist. Andererseits ist die Versuchung groß, innenpolitische Probleme durch eine aggressive Außenpolitik zu lösen angesichts der großen Zustimmung zum russischen Vorgehen im Georgienkrieg gewachsen. Russland will als Großmacht erneut ernst genommen werden.

Die wieder größer werdende Kluft zum Westen wird von einer erbitterten Geschichtsdiskussion begleitet, in der der Kreml den Westen beschuldigt „die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg“ umschreiben zu wollen. Hier wird auf der einen Seite deutlich, wie wenig die Menschen in Russland sich mit der totalitären Vergangenheit der Sowjetunion auseinandergesetzt haben. Außerdem spielt der Kreml mit dem Feuer, indem Stalin in neuen Geschichtslehrbüchern vor allem als großer Modernisierer und Staatsmann dargestellt wird. Die Menschen werden von den Ideologen zudem als nicht reif für differenzierte und komplizierte historische Wahrheiten bezeichnet. Ziel sei es, Patrioten zu erziehen. Dazu seien nur positive, nicht aber schreckliche Seiten der Geschichte geeignet. In ihrer gemeinsamen Nachbarschaft in Osteuropa geraten die EU und die USA auf der einen sowie Russland auf der anderen Seite zunehmend in ein gefährliches Konkurrenzverhältnis. NGO haben in Russland einen schweren Stand. Aufgrund kaum vorhandener unabhängiger Finanzquellen im Land sind sie verstärkt auf ausländische Unterstützung angewiesen. Das macht sie zur Zielscheibe scharfer Attacken der politischen Führung. Das neue NGO-Gesetz baut zusätzliche Hürden auf, beispielsweise durch eine immer größer werdende Bürokratie.

Nach dem Amtswechsel von Putin zu Medwedjew führt erstmals nach 2000 ein Ministerium das Wort Ökologie wieder im Namen. Medwedjew hat ökologisches Handeln als eine seiner Prioritäten benannt. Bisher waren ökologische Fragen fast vollständig den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Die stark eingeschränkten Mitwirkungsrechte der Bürger an staatlichen Entscheidungen treffen insbesondere ökologische Einwände. Umweltverträglichkeitsprüfungen und öffentliche Anhörungen sind zu reinen Staffagen verkommen. Besonders wichtig wird sein, wie sich Russland in den kommenden Klimaverhandlungen und auf der Klimakonferenz in Kopenhagen in Dezember 2009 verhält. Bisher fehlen im Land sowohl eine öffentliche Diskussion über den Klimawandel als auch ein Bewusstsein für damit verbundene Folgen für Russland.

# 1. Der neuer Präsident und die Hoffnung der Hoffnungslosen

## Politisches System

Präsident Putin hat bis zum Wechsel im Präsidentenamt zu Dmitrij Medwedjew im Mai 2008 ein hochgradig zentralisiertes politisches System installiert, in dem bürgerliche Freiheits- und Beteiligungsrechte systematisch eingeschränkt wurden. Staatliches Handeln wurde weitgehend öffentlicher Kontrolle entzogen. Die Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2007 und die Präsidentenwahl Ende März 2008 waren lediglich formale Hüllen eines demokratisch sinnentleerten Prozesses. Russland bleibt zwar formal ein demokratisch verfasstes Land mit einer im Großen und Ganzen liberalen Verfassung und allen Attributen eines modernen demokratischen Staatswesens. Die Attribute „gelenkt“ oder „souverän“, mit denen Präsident Putin und seine Umgebung diesen Demokratieabbau als besonderen russischen Weg zur Demokratie rechtfertigen, sollen den wahren Charakter dieser Einschränkungen vor allem verschleiern.

Zur Absicherung seiner Macht hat der Kreml ein zwar nicht erklärtes, aber de facto lange angestrebtes Monopol auf öffentliche Politik in Russland durchgesetzt. Das Parteiensystem dominieren von ihm geschaffene und kontrollierte Surrogatparteien. Die liberalen Parteien wurden marginalisiert oder mit Hilfe des verschärften Parteiengesetzes zum Jahreswechsel 2006/2007 aufgelöst. Neue, nicht im Kreml erdachte Parteien werden gar nicht erst zugelassen. Die sogenannten Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2007 haben die Wahlen selbst, den Wahlausgang und die gegenwärtige fast vollständige Kontrolle des Kreml über die formalen politischen Prozesse im Land bestätigt.

In diesem so entstandenen bürokratisch-autoritären System liegt die Kontrolle über alle wichtigen

politischen Entscheidungen in den Händen einer kleinen Gruppe um den bisherigen Präsidenten Wladimir Putin, der sich dabei vor allem auf die staatliche Bürokratie und die Sicherheitsorgane stützte. Nach den Präsidentenwahlen im März 2008 mit der neu installierten Doppelherrschaft von Dmitrij Medwedjew als „Präsident von Putins Gnaden“ und Wladimir Putin als formal diesem Präsidenten unterstellter Premierminister muss sich dieses System der Ein-Mann-Entscheidungen ändern.

Hier sollen kurz die wichtigsten Funktionsmechanismen nachgezeichnet werden. Der Wechsel an der Staatsspitze war aus Stabilitäts- und Funktionalitätsgesichtspunkten ein riskanter Schritt. Das lässt den Schluss zu, dass es sich hierbei weniger um einen von langer Hand vorbereiteten Masterplan handelte, sondern wohl eher taktische als strategische Erwägungen hinter vielen politischen Schritten im vergangenen Jahr standen, (siehe dazu unten: 2. Wahlen ohne Opposition – Opposition ohne Wahl).

Die bisherige alleinige Legitimität und Entscheidungsgewalt des Präsidenten (die so auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen wird) führen unmittelbar dazu, dass sich der Präsident vor der Verantwortung für Probleme und Fehler drücken muss, während seine Erfolge öffentlich gefeiert werden. Oft wurden Reformen angekündigt und sogar begonnen, um nach ersten Misserfolgen in der Versenkung der kontrollierten Medienöffentlichkeit zu verschwinden oder auf eine untere Ebene weitergereicht zu werden. Das galt in den vergangenen Jahren für die Armeereform ebenso wie für die angesichts der demographischen Entwicklung dringend notwendige Rentenreform, für die Reform des Wohnungswesens oder die Sozialpolitik. Immer wieder zeigte sich das gleiche Muster: Lauten Ankündigungen folgten kaum oder keine Erfolge, anschließend verschwanden die Reformen weitgehend aus der gelenkten öffentlichen Debatte.

Diese Misserfolge zeigen, dass der Präsident in diesem System, das ihn auf den ersten Blick mit enormen Vollmachten und Mitteln ausstattet, seine Entscheidungen oft nicht durchsetzen kann. Die Effektivität von Verwaltungshandeln im von Putin geschaffenen politischen Regime ist gering. Ein Grund dafür ist, dass nicht Kompetenz, sondern Loyalität das Kriterium zur Auswahl von Führungspersonen ist. Eine Struktur, die sich inzwischen bis in die untersten Führungsebenen des Landes zieht. Ein weiterer Grund ist, dass jede Entscheidung Auswirkungen auf die prekäre Machtbalance der Führungsebene hat. Entsprechend regierte Putin viel mehr als eine Art Konfliktmanager oder Schiedsrichter innerhalb der obersten Führungsschicht denn als Oberbefehlshaber. Soweit das von außen überhaupt zu beurteilen ist, schien er Konflikte oft zunächst eskalieren zu lassen, um dann als Schlichter aufzutreten. Gleichzeitig sind seine Untergebenen keinesfalls nur einfache Befehlsempfänger. Die Kontrolle war und ist wohl auch als Premierminister durchaus gegenseitig und dürfte im geheimdienstereferierten Milieu überaus professionell sein. Diese Ineffektivität eines durch und durch korrupten Staatsapparats ist für die Weiterexistenz des „Systems Putin“ eine größere Bedrohung als jede Opposition. Denn trotz der großen Popularität Putins gibt es in großen Teilen der Gesellschaft schon seit einiger Zeit Unzufriedenheit angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Unsicherheiten, der Korruption auf allen Ebenen und wohl auch eines eher unspezifischen Gefühls, dass der Staat sich nicht um die Interessen seiner Bürger kümmert. Diese Unsicherheit ist seit dem Sommer zwei widerstrebenden Kräften ausgesetzt: Erst hat die nationalpatriotische Welle im Gefolge des Georgienkriegs von den Fehlern des Systems abgelenkt, kurz darauf die auch Russland hart treffenden weltweite Finanzkrise diese Probleme wieder in Erinnerung gerufen. Die möglichen Folgen werden weiter unten behandelt.

Der Preis für das System der hohlen Institutionen und institutionalisierten Verantwortungslosigkeit ist die Konzentration vieler Mittel auf den Machterhalt, so dass zur Lösung der Probleme nur unzureichende Ressourcen bleiben. Die Auswirkungen können gegenwärtig deutlich beobachtet werden: Alle Politik bleibt Spekulation. Das gilt vorerst auch nach dem Präsidentenwechsel. Niemand weiß, wieviel Macht Wladimir Putins Nachfolger Dmitrij Medwedjew wirklich hat und wie sich die Machtverteilung an der Staatsspitze entwickeln wird. Und ob es eine wirkliche Machtverteilung zwischen Vorgänger und Nachfolger gibt. Noch ist unklar, ob und wie das Abschieben von Verantwortung auf untergeordnete Ebenen bei der „Zweierkonstellation“ funktionieren kann. Sicher ist aber, dass auch das Tandem Medwedjew-Putin oder Putin-Medwedjew auf Dauer erhebliche Ressourcen für den Machterhalt aufwenden muss.

### **Medwedjews Signale**

Der Krieg gegen Georgien Anfang August 2008 und die darauffolgenden Entwicklungen haben aber bereits gezeigt, dass zumindest kurzfristig nicht mit größeren Differenzen zwischen und seinem Nachfolger gerechnet werden sollte. In den Kriegstagen und auch danach war der schon vorsichtig zum liberalen Hoffnungsträger gemachte Medwedjew mindestens ebenso entschieden wie sein Vorgänger. Medwedjew hat als erster das Wort vom georgischen „Genozid“ an der südossetischen Bevölkerung gebraucht.

Bereits vorsichtig aufkeimende Hoffnungen auf zumindest leichte liberale Korrekturen unter dem neuen Präsidenten wurden durch den Krieg jäh zunichte gemacht. Nicht wenige Akteure hatten im Frühjahr geglaubt, Medwedjew stehe für liberale Reformen. Dahinter stand die Analyse, dass das Putin-Regime den Reichtum des Landes weitgehend unter sich aufgeteilt hat und nun eine doppelte

Legitimierung dieses neu gewonnenen Eigentums anstrebt: in den Augen der eigenen Bevölkerung ebenso wie in den Augen des Westens.

Während des Wahlkampfs und in den ersten Wochen seiner Amtszeit hatte Medwedjew eine ganze Reihe von Signalen ausgesandt, die vom kleinen liberal-intellektuellen Teil des Volkes gehört wurden. Hier sollen nur einige Beispiele genannt werden: Medwedjew ordnete die Umstrukturierung des Föderalen Registrationsdienstes an, der politische Parteien und NGO kontrolliert; die staatlichen Kontrollmöglichkeiten gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen sollten stark eingeschränkt werden; die Unabhängigkeit der Gerichte sollte wieder hergestellt werden, sie haben eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Korruption; die Mitglieder der sogenannten Gesellschaftskammer, eines staatlich kontrollierten Zivilgesellschaftsimitats, sollten künftig nicht mehr von der Präsidenten-administration ernannt werden.

In liberalen Kreisen und Medien wurde lebhaft darüber diskutiert, welches Signal möglich ist und was es bedeuten könnte. Die durchaus mit den Gesetzen in Einklang stehende Freilassung von Michail Chodorkowskij auf Bewährung wurde dabei eher als großer Affront gegen Putin und die sogenannten Hardliner aufgefasst. Eine kleine, aber wirksame Geste könnte die Erlaubnis der Wiedereinreise der Journalistin Natalja Morar sein. Morar, Redakteurin der oppositionellen Wochenzeitschrift Nowoje Wremja und Staatsbürgerin Moldawiens, war 2007 nach einem Artikel über die Finanzierung des Wahlkampfs durch schwarze Kremlkassen nach einer Israelreise an der Grenze zurückgewiesen worden. Dieses Einreiseverbot begründete der Inlandsgeheimdienst FSB mit „Gefahren für die Staatssicherheit“.

Die oppositionelle, zwei Mal wöchentlich erscheinende Zeitung Nowaja Gaseta, die zu Teilen Michail Gorbatschow und dem Moskauer Milliardär Alexander

Lebedew, einem ehemaligen Dumaabgeordneten der Partei Einiges Russland und KGB-Mann, gehört, sollte ab Herbst 2008 in eine Tageszeitung umgewandelt werden. Nun wird gerätselt, ob aus dem Medwedjew-Kreml die Erlaubnis für die Umstellung kam. Oder ob es sich um einen Versuch handelt, neue Grenzen auszutesten.

Auch ein kleiner Teil der Unternehmer wagte sich vorsichtig aus der Deckung. So rief der stellvertretende Vorsitzende des Unternehmerverbands RSPP Igor Jürgens dazu auf, Medwedjew in seinem „stillen Kampf“ mit den Hardlinern für eine liberale Politik zu unterstützen. Jürgens ist Chef des „Instituts für moderne Entwicklung“, das allgemein als Medwedjew-naher „Think Tank“ angesehen wird. Ende Juli veröffentlichte das Institut eine Untersuchung unter dem Titel „Demokratie: Entwicklung des russischen Modells“, in dem als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung Russlands eine durchgreifende Liberalisierung des Landes gefordert wird, darunter vor allem Pressefreiheit.

Medwedjew kündigte Ende Juli an, eine eigene, besondere „Kaderreserve“ aufbauen zu wollen. Es könne nicht sein, so Medwedjew, dass Posten und Ämter aufgrund von Bekanntschaften vergeben oder gar verkauft würden. Medwedjew beklagte einen Mangel an kompetenten und vor allem ehrlichen Führungskräften. Die „Ersatzbank“ des Staates sei leer. Jedes Mal, wenn ein Gouverneursposten neu zu besetzen sei, würde man sich im Kreml die Köpfe zerbrechen, um eine geeignete Person zu finden. Diese fernsehöffentlichen Aussagen Medwedjews zeigen die Not, in die das Putinschen System des alleinigen Auswahlrechts des Kreml für hohe und höhere Staatsposten sowie für viele Posten in der Wirtschaft das Land geführt hat. Entsprechend tauchen auch die ersten, noch vorsichtigen Vorschläge auf, zum Beispiel bei der Auswahl der Gouverneure in den Regionen mehr Mitsprache zu gewähren. Alle diese Vorschläge haben gemeinsam,

dass sie echte öffentliche Konkurrenz nicht zulassen, sondern höchstens den Wettbewerb innerhalb der herrschenden politischen Klasse vergrößern.

All diesen Signalen waren bis zur jäh durch den Krieg unterbrochenen Sommerpause noch keine Taten gefolgt. Seither liegen sie weitgehend auf Eis. „Der Präsident ist anderweitig beschäftigt“ wurde ein Gruppe liberaler Ökonomen aus dem Institut für moderne Entwicklung wieder eingeladen, die am 12. August, fünf Tage nach Kriegsbeginn auf Medwedjews Einladung im Kreml ihre Konzepte vortragen sollten. Diese „anderweitige Beschäftigung“ hielt zumindest bis zur Veröffentlichung dieses Berichts an.

### **Trägheitskräfte**

Es gab allerdings auch schon vor dem Krieg viele Zeichen für weitgehende Kontinuität. Putin hatte dem Land unter seinem Nachfolger Medwedjew vor allem Stabilität versprochen und unterstrich diese Botschaft deutlich durch seine Wahl zum Premierminister. Schon im Januar 2008 hatte er noch vor Medwedjews Wahl ein „Plan 2020“ genanntes Entwicklungskonzept vorgelegt, das seinen Nachfolger binden soll. Entsprechend wurden eine ganze Reihe von bisher beim Präsidenten angesiedelten Vollmachten und Politikbereiche dem Premierminister unterstellt. Zudem wechselte mit Putin ein großer Teil der bisherigen Kremlmannschaft in den Regierungssitz Weißes Haus. Mit Wladislaw Surkow rückte allerdings der schon bisher für die Konstruktionen der gelenkten Demokratie zuständige Kremlbeamte noch eine Stufe höher und ist nun erster stellvertretender Chef der Präsidentenadministration. Surkow erteilte möglichen Liberalisierungshoffnungen im September vor Vertretern der Regierungspartei Einiges Russland eine für ihn typische Ansage. Er wolle eines ganz klar machen: „Ein Tauwetter oder anderweitiger Matsch“ werde es nicht geben. Auch der zweite Stellvertreter des neuen Administrationschefs, Sergej Naryschkin,

der zuvor den Apparat der Regierung leitete, ist mit Alexej Gromow ein alter Putin-Mann. An direktem Einfluss auf das Regierungshandeln haben vor allem die sogenannten Hardliner aus den Sicherheitsdiensten verloren. Sie wurden fast alle umgesetzt. Igor Setschin, der als Kopf einer der mächtigsten Gruppe gilt, wurde als stellvertretender Ministerpräsident in die Kabinettsdisziplin eingebunden und ist dort nun für Industrie, Energie und Bodenschätze zuständig. Russische Beobachter werteten das als Strafversetzung für die internen Machtkämpfe im Vorfeld der Entscheidung über Putins Nachfolge (siehe dazu unter 2. Wahlen ohne Opposition).

Medwedjew kümmerte sich auch als Präsident anfangs öffentlich vor allem um die großen sozialen Probleme wie das Gesundheits- und das Bildungssystem, die eigentlich dem Premierminister unterstehen. Putin dagegen hielt sich seit seiner Wahl zum Premierminister mit öffentlichen Äußerungen zur Außen- und Sicherheitspolitik zurück. Allerdings übertrug Medwedjew dem Premierminister Ende Juli in einer Ansprache vor der alljährlichen Botschafterkonferenz in Moskau das Recht Außenpolitik zu implementieren. Welche genauen Kompetenzen damit verbunden sind, blieb bislang unklar. Im Fernsehen werden Putin und Medwedjew etwa gleich häufig gezeigt. Allerdings wirkt Putin auf dem Bildschirm weit präsenter und potenter als sein Nachfolger, der seinen Stil als Chef noch sucht. Solche Bilder bestätigten nur, wovon ohnehin alle überzeugt waren: Putin bleibt das politische Schwergewicht. Medwedjews Macht und Legitimität sind trotz des Präsidentenamtes von Putin geliehen. Putins Ausnahmestellung als „nationaler Führer“ (diese Bezeichnung wurde von den Kreml-Politikern im Herbst 2007 geprägt, um zu verdeutlichen, dass Putin auch nach Ende seiner Amtszeit als Präsident der Boss bleibt) unterstreicht auch sein Vorsitz der Kremlpartei Einiges Russland. Damit ist nicht so sehr die Zwei-Drittel-Mehrheit im



Parlament gemeint als die absurde Konstruktion, dass Putin Vorsitzender wurde, ohne Parteimitglied zu sein. Kommentatoren in russischen Medien fanden das weniger verwunderlich als natürlich, weil es die Ausnahmestellung Putins unterstreicht.

Für Kontinuität nach dem Präsidentenwechsel sprach aber auch die mit einer Zustimmung von über 70 Prozent weiterhin überragende Popularität Putins, während Medwedjews Rating nach seiner Wahl von rund 60 bis zum Sommer auf 40 Prozent sank. Das änderte sich schlagartig mit dem Krieg und der lauten, antiwestlichen Position, die nun vor allem Medwedjew einnahm. Bis Anfang Oktober waren sowohl die Zustimmung zu Putin als auch zu Medwedjew auf 80 Prozent hochgeschneit.

## **2. Wahlen ohne Opposition – Opposition ohne Wahl**

Von Anfang an stand die Dumawahl im Dezember 2007 unter dem Eindruck der weit wichtigeren Entscheidung über Putins Nachfolge. Putin hatte in den vergangenen Jahren immer wieder erklärt, er werde sich an die Verfassung halten, die ihm eine erneute Kandidatur verbietet. Er lehnte es auch wiederholt ab, für eine dritte Amtszeit die Verfassung zu ändern, obwohl er angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Möglichkeit dazu hätte. Dieser Schritt wäre angesichts seiner überragenden Popularität im Land von einer großen Mehrheit begrüßt worden. Einwände aus dem Westen dürften mehr formal als substantiell ausgefallen sein. Mit dem Verzicht auf eine dritte Amtszeit stand Putin im Widerspruch zu einem großen Teil der politischen Elite und der russischen Bevölkerung. Diese Haltung führte schon früh zu Spekulationen, wen Putin dem Volk als seinen Nachfolger vorschlagen würde und was er selbst nach der Wahl machen werde.

Am 1. Oktober 2007 erklärte Putin auf dem Parteitag von "Einiges Russland" überraschend, er nehme das Angebot der Partei an, die Liste zur Dumawahl anzuführen. Er könne sich durchaus vorstellen, Premierminister zu werden. Voraussetzung dafür sei ein Wahlsieg von "Einiges Russland" und die Wahl eines „anständigen, handlungsfähigen, effektiven und modernen Menschen“ zum nächsten Präsidenten. Eine Änderung der Verfassung schloss Putin erneut kategorisch aus. Durch diesen Schritt sollte der Wahlsieg für "Einiges Russland" dank Putins überragender Popularität gesichert werden. Gleichzeitig erhielt Putin, wie er selbst später öffentlich mehrfach betonte, im Falle eines hohen Wahlsiegs von "Einiges Russland" das „moralische Recht“ auch nach seiner Amtszeit als Präsident eine führende Rolle in der russischen Politik zu spielen. Tatsächlich schien diese Strategie anfangs aufzugehen. In ersten Umfragen nach Putins Ankündigung, Spitzenkandidat von "Einiges Russland" zu werden, stieg sowohl die Zustimmung zu ihm als auch zur Partei. Außer "Einiges Russland" und den Kommunisten schaffte es keine Partei mehr, die Sieben-Prozent-Hürde zu überwinden. Die LDPR und das Gerechte Russland kamen auf 4 bis 5 Prozent, für keine andere Partei wollten mehr als ein Prozent der Befragten stimmen. Die Zustimmung zu „Einiges Russland“ stieg tatsächlich bis Ende Oktober, begann dann aber wieder zu fallen.

Dafür gab es vor alle zwei Gründe. Erstens durchbrach Putins Spitzenkandidatur das von ihm in seiner gesamten Amtszeit virtuos genutzte und den Menschen in Russland seit den Zeiten des russischen Imperiums und auch in der Sowjetunion wohlbekannte Schema des guten Zaren und der schlechten Bojaren. Putin stand wie ein „Vater der Nation“ über der Alltagspolitik. Er gab im Fernsehen den guten Führer, der sich, im Namen des Volkes und für das Volk mit einer Schar böser, gerissener, unfähiger und räuberischer Minister, Beamter, Unternehmer und

Gouverneure herumschlagen muss. Erfolge wurden dem Präsidenten zugeschrieben, Misserfolge den anderen. Die nun so plötzliche hergestellte Einheit von gutem Zar und bösen Bojaren überfordert aber offenbar die Wähler. Eine wachsende Zahl Wähler verweigerte die Zustimmung.

Dieser Effekt wurde, und das ist der zweite Grund, von stark steigenden Preisen vor allem bei Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs begleitet. Die Inflation betrug 2007 anstatt der angestrebten sieben mehr als zehn Prozent. Für die Preiserhöhungen sehen Wirtschaftsexperten vor allem zwei Gründe: Zum einen wick die Regierung nach dem Scheitern der Reform der nichtmonetären Sozialleistungen von ihrer bis dahin restriktiven Ausgabenpolitik ab. Politische Probleme wurden großzügig mit Geld zugedeckt. Zum anderen ist die russische Wirtschaft inzwischen enger mit der Weltwirtschaft verflochten als noch vor Jahren. Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt für Milchprodukte, Getreide und Energie gingen am russischen Markt nicht mehr spurlos vorüber.

Der Kreml reagierte schnell auf den Misserfolg von Putins "Einiges Russland"-Spitzenkandidatur. Wladimir Putin kritisierte „Einiges Russland“ bei einem von allen Nachrichtensendungen des Landes als Aufmacher gesendeten Treffen mit Straßenbauarbeitern in Krasnojarsk am 13. November 2007 scharf. Die Partei habe viele Fehler und bis heute keine feste politische Ideologie, sagte Putin. Sie ziehe Gauner an. Trotzdem unterstütze er diese Partei, weil es keine bessere gebe in Russland. Eine Stimme für "Einiges Russland" sei deshalb eine Stimme des Vertrauens zu ihm.

Die Probleme mit Putins Spitzenkandidatur warfen die Frage auf, warum sich Putin zu diesem Schritt entschlossen hatte. Eine bedeutende Rolle dürften die Auseinandersetzungen im Kreml um die Putin-Nachfolge gespielt haben. Putins Nachfolge hat, das war allen Akteuren klar, weitreichende Auswirkungen

auf das Machtgleichgewicht innerhalb der herrschenden Elite. Damit eng verbunden sind Fragen der Kontrolle über wirtschaftliche und politische Machtinstrumente, aber auch der persönlichen Sicherheit der Beteiligten. Solange Putin Präsident war, war er Garant der inneren Stabilität der Machtverhältnisse. Loyalität zum Präsidenten sicherte die Beteiligten vor dem tiefen Fall ab. Im Kreml brach der Machtkampf im 2007 offen aus.

Am 9. Oktober 2007 erschien in der Tageszeitung Kommersant ein Artikel des Leiters der russischen Drogenbehörde Wiktor Tscherkessow. Tscherkessow, KGB-Karriereoffizier und Putin wohl auch persönlich nahestehend, warnte öffentlich vor einem „Krieg von Gruppen innerhalb der Geheimdienste“. Hintergrund war die Verhaftung mehrerer hochrangiger Beamter seiner Behörde durch das im Vorjahr neu geschaffene Untersuchungskomitee der Generalstaatsanwaltschaft. Bei der Auseinandersetzung ging es um Millionengeschäfte von Angehörigen unterschiedlicher Behörden, darunter aus dem Geheimdienst und dem Zoll. Beispiellos war, dass diese Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit getragen wurde. Das konnte zu jenem Zeitpunkt zweierlei bedeuten: Zum einen, dass der Hausherr, also Putin, nicht mehr die Macht und die Fähigkeit hatte, einen derartigen Streit intern zu lösen. Zum anderen konnte es die Drohung einer der internen Machtgruppen sein, eine eventuelle Niederlage im Kampf um die Putin-Nachfolge nicht einfach so hinzunehmen. Die wichtige Botschaft war, dass die Operation „Nachfolge“ sehr riskant war.

Diese machtingernen Auseinandersetzungen dürften auch eine Rolle bei der Entscheidung Putins gespielt haben, die Spitzenkandidatur von "Einiges Russland" anzustreben. Auf diese Weise zeigte Putin den unterschiedlichen Machtgruppen, dass er zwar als Präsident geht, im Hintergrund aber weiter Schlichter und Garant des Gleichgewichts bleibt.

Die angespannte Situation hatte zu großer Nervosität im Kreml geführt, aber auch auf allen anderen Ebenen der so genannten Machtvertikale. Die Gouverneure wurden aus dem Kreml angewiesen, beim Preis ihrer Posten, eine hohe Wahlbeteiligung, vor allem aber einen hohen Sieg von "Einiges Russland" zu gewährleisten. Das führte zu administrativen Angriffen an allen Fronten. Das russische Internet war voll von Berichten darüber, wie regionale Behörden Druck auf Beschäftigte von staatlichen Einrichtungen und Betrieben, aber auch von Privatunternehmen ausübten. Vielen Menschen wurde mit beruflichen oder sozialen Nachteilen oder dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht, um sie zum Eintritt bei "Einiges Russland" zu bewegen und sie dazu zu bringen, am 2. Dezember für die Kremlpartei zu stimmen.

### **Dumawahl 2007**

Um die Funktionsmechanismen der vorgespielten Demokratie eingehender zu verdeutlichen, soll hier der Dumawahlkampf ausführlicher geschildert werden. Anders als an der völlig alternativlose Präsidentschaftswahl lässt sich an der Dumawahl verdeutlichen, wie der öffentliche politische Raum in Russland gesteuert wird.

Die Kremlpartei „Einiges Russland“ (ER) gewann mit 64,3 Prozent nicht nur die absolute, sondern eine Zweidrittelmehrheit der Sitze in der Staatsduma, also die Möglichkeit ohne Verhandlungen mit anderen Parteien die Verfassung zu ändern. Außer ER zogen die Kommunisten (11,6 Prozent), die zweite Kremlgründung Gerechtes Russland (7,7 Prozent) und die Schirinowskij-Partei LDPR (8,1 Prozent) in die Duma ein. Bei „Gerechtes Russland“ wurde offensichtlich „administrativ“ nachgeholfen. Alle anderen Parteien blieben weit unter der gesetzlichen Hürde von 7 Prozent. Die linksliberale Jabloko-Partei kam auf 1,4 Prozent, die marktliberale Union der Rechten Kräfte (SPS) auf knapp ein Prozent. Mit diesen Zahlen ist

aber nur wenig darüber gesagt, was das Ergebnis bedeutet und was daraus folgt.

### **Wahlgesetz und Parteiengesetz**

Die Vorbereitungen des Kreml zu den Dumawahlen hatten schon im Sommer 2003 begonnen, also noch vor der Wahl des bis Dezember 2007 amtierenden Parlaments. Bereits damals wurde die Hürde, um ins Parlament zu gelangen, für die Wahl 2007 auf sieben Prozent angehoben. Begründet wurde das mit dem Ziel, einen Anreiz für die nach Meinung des Kreml zu vielen kleinen Parteien zu schaffen, sich zu größeren Einheiten zusammen zu schließen. Nur so könne ein stabileres Mehrparteiensystem entstehen. Ähnlich wurden auch weitere Verschärfungen sowohl des Wahl- als auch des Parteienrechts begründet. Die einschneidendste Änderung des Wahlgesetzes war die Abschaffung der Direktwahlkreise zugunsten eines reinen Verhältniswahlrechts. Während bisher analog zum deutschen Wahlrecht die Hälfte der Abgeordneten in Direktwahlkreisen gewählt wurden, wird die neue Duma nun nur noch über Parteilisten nach einem reinen Verhältniswahlrecht bestimmt. Unabhängige Abgeordnete wird es im neuen Parlament später, zum Beispiel als Folge von Partei- oder Fraktionsaustritten, nicht mehr geben. Abgeordnete, die ihre Fraktion oder Partei verlassen, verlieren künftig ihr Mandat.

Die Änderungen des Parteiengesetzes sind kaum weniger bedeutend. Neuzugründende oder bestehende Parteien müssen mindestens 50.000 Mitglieder nachweisen. Außerdem müssen in mindestens der Hälfte der gegenwärtig 83 russischen Regionen regionale Untergliederungen mit jeweils mindestens 500 Mitgliedern aktiv sein. Nur 16 registrierte Parteien konnten diesen Nachweis erbringen. Alle anderen Parteien wurden im Januar dieses Jahres zwangsweise aufgelöst. Darunter befand sich auch die Russische Republikanische Partei (RPR) des Abgeordneten Wladimir Ryschkow, der seit 1993

viermal hintereinander im Gebiet Altay ein Direktmandat errang. Ryschkow klagte gegen die Entscheidung der Registrierungsbehörde, die knapp 20.000 der von seiner Partei vorgelegten 63.000 Unterschriften für ungültig erklärte. Mitte des Jahres bestätigte das Oberste Gericht Russlands die Auflösung der Partei. Ryschkow reichte daraufhin Klage beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ein.

Das russische Parteiensystem ist insgesamt eine Schimäre. Die Zahl der tatsächlich in politischen Parteien engagierten Menschen war immer klein und ist in letzter Zeit weiter gefallen. Einiges Russland ist trotz der offiziellen 1,6 Millionen Mitglieder mehr ein Wahlverein als eine Partei. 76.000 Abgeordnete auf allen Ebenen sind Parteimitglieder; ebenso 73 der 83 Gouverneure und 12.500 Bürgermeister; es gibt 61.000 Kreisverbände und rund 40 Millionen erklärte „Unterstützer“. Sich bei oder in ER zu engagieren ist schlicht notwendig für alle, die ein Geschäft haben, Beamte sind oder sonst Karriere machen wollen. Die einzige Partei mit einer nennenswerten und auch ideologisch motivierten Mitgliedschaft bleibt die Kommunistische Partei. Von den demokratischen Parteien hat nur Jabloko ein halbwegs ausgebautes Netzwerk von regionalen Untergliederungen.

### **Die Kremlparteien Einiges Russland, Gerechtes Russland und Zivile Kraft**

Die Partei Einiges Russland hatte bereits in der 4. Staatsduma (2003 bis 2007), trotzdem sie nur 37,5 Prozent der Stimmen bekam, eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Zum einen gewannen ihre Kandidaten sehr viele Direktwahlkreise, zum anderen wurden unabhängige Kandidaten angeworben und Mitglieder anderer Fraktionen abgeworben. Zwischen den Wahlen sank die Popularität von ER stark und wuchs erst mit Beginn des Wahljahres wieder. Putin bezeichnete eine Mehrheit von ER als notwendige Bedingung, damit er als Präsident seinen politischen

Kurs durchsetzen könne. Inhaltliche Aussagen und das Parteiprogramm spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Entsprechend trat ER zu den Wahlen mit dem Slogan an, man wolle „Putins Plan“ unterstützen. Das Wahlprogramm passte auf einige wenige Seiten und rief Putin zum „nationalen Führer“ aus, dessen Rückhalt ER sei. Eine Broschüre der Partei mit dem Titel „Putins Plan“ fasste mehrere Reden Putins zusammen, darunter die Ansprachen „Zur Lage der Nation“ der vergangenen drei Jahre und seine inzwischen berühmte Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Entsprechend groß war die Verwirrung bei den Wählern. Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums waren zwar 65 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass Putin einen sorgsam ausgearbeiteten Plan zur Entwicklung des Landes hat. Aber gleichzeitig hatten 47 Prozent noch nie etwas von diesem Plan gehört und nur 6 Prozent gaben an, sie könnten erklären, was dieser Plan enthalte. Entsprechend war von diesem Plan nach den Wahlen nicht mehr die Rede.

Die zweite Kremlpartei Gerechtes Russland (GR) bezeichnet sich selbst als „linkszentristisch“. Herausragende programmatische Aussage ist wie bei ER die Unterstützung Putins. Im Gegensatz zu ER werden aber deutlich sozialere, ja fast schon sozialistische Akzente vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzt. Gerechtes Russland wurde Anfang 2007 aus der Leben-Partei des Föderationsratsvorsitzenden Sergej Mironow, der Rentnerpartei und den Resten der Partei Heimat gebildet. Über die Ziele dieser Kreml-Gründung gibt es unterschiedliche Angaben. Wahrscheinlich handelte es sich um den neuesten Versuch, die Kommunisten zu schwächen. Zudem erfordert das vom Kreml angestrebte Zwei- oder Mehrparteiensystem einen lenkbaren „linkszentristischen“ Ausgleich zum ER, das sich rechtszentristisch positioniert. Gerüchten zufolge soll Gerechtes Russland auf die Initiative einer der den

sogenannten Silowiki zugerechneten Kremlgruppen zurückgehen. Die Silowiki sind Hardliner, die aus den Sicherheitsapparaten stammen und die keinen Zugang zu ER haben. In Umfragen wuchs der Stimmenanteil von Gerechtes Russland bei Umfragen bis zum Sommer 2007 tatsächlich langsam aber stetig bis in den zweistelligen Bereich. Die Partei schloss fast mit dem der Kommunisten auf, die leicht verloren. Das magere Ergebnis von 7,7 Prozent war ein schwere Niederlage, von der sich die Partei bisher nicht erholt hat. Zwar ist Mironow als Vorsitzender des Föderationsrates weiter eine öffentliche politische Figur, die Partei ist aber seit den Wahlen fast vollständig aus der kremlgesteuerten Medienberichterstattung verschwunden. Wie eine ganze Reihe anderer Projekte des Kreml dürfte sie aber im Verborgenen formal weiter existieren, um, beispielsweise zu den nächsten Wahlen wieder aus der Versenkung geholt zu werden. Ein gutes Beispiel für diese Form von funktionellen Organisationen an der Kremlleine ist die sogenannte „Grüne Partei Russlands“, die seit Mitte der 90er Jahre unter unterschiedlichen Bezeichnungen immer wieder zu den Wahlen aus dem Zauberkasten gezogen wird, um einerseits Parteienvielfalt zu suggerieren und andererseits oppositionelle Stimmen zu binden und damit unschädlich zu machen.

Im Frühsommer 2007 tauchte noch eine dritte Partei aus dem Kreml auf. Gegründet vom bekannten Juristen Michail Barschtschewskij, Bevollmächtigter Vertreter der russischen Regierung bei den obersten Gerichten des Landes. Seine Organisation nannte sich anfangs Liberales Russland, wurde aber bald in Zivile Kraft umbenannt. Parteifarbe ist ein sattes Grün, Parteisymbol die Sonnenblume. Zivile Kraft gelang es als einziger Partei überhaupt in sehr kurzer Zeit sowohl die hohen Hürden des Parteiengesetzes als auch des Wahlgesetzes zu überwinden, sich als Partei zu konstituieren und zu den Wahlen zugelassen zu werden. Beides spricht für Unter-

stützung von oben und damit zur Verfügung stehender nicht unerheblicher finanzieller Mittel. Bei den Wahlen erhielt Zivile Kraft 1,0 Prozent. Offenbar hatte die Partei damit ihre Pflicht getan und verschwand, nachdem sie zusammen mit den anderen Kremlparteien direkt nach den Dumawahlen Dmitrij Medwedjew als ihren Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen hatte, völlig von der Bildfläche.

### **Kommunisten und LDPR – Scheinopposition und geduldete Opposition**

Die Kommunisten (KPRF) bleiben die größte und stabilste Oppositionspartei. KPRF-Wähler verstehen sich meist als Systemoppositionelle, die den marktwirtschaftlichen Kurs Putins, ob nun mehr oder weniger sozial abgefedert, grundsätzlich ablehnen. Wahrscheinlich wird dieses Beharrungsvermögen erneut mit mehr als 10 Prozent der Stimmen belohnt werden. Allerdings widersetzt sich die alte Partielite um Dauerparteichef Gennadij Sjuganow beharrlich einer Modernisierung der KPRF hin zu einer eher sozialistisch-sozialdemokratisch orientierten Partei, die auch nicht orthodoxe linke Wähler und Wählerinnen ansprechen könnte. Die Staatsfixiertheit der KPRF, aus dem bolschewistischen Erbe zu erklären, mindert ihre Attraktivität für Putin-Gegner. Allein der Hinweis, dass der heutige Staat den „Falschen“ gehört, reicht offensichtlich nicht aus und macht aus der KPRF eine weiche, vom Kreml kaum gefürchtete Opposition.

Ähnlich überlebensfähig, aber aus ganz anderen Gründen, zeigt sich die Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) mit ihrem Vorsitzenden Schirinowskij. Vielfach war nach der Wahl 2003 ihr Niedergang vorausgesagt worden, da sie aus Kremsicht angesichts der Zwei-Drittel-Mehrheit von ER nicht mehr als Mehrheitsbeschafferin in der Duma benötigt werde. Die LDPR wird vorwiegend von nationalistisch gesinnten Protestwählern gewählt, die offenbar für

Kremlparteien nur bedingt erreichbar sind. Schirinowskijs besondere „Leistung“ ist es, das seine Abgeordneten gegen Bezahlung kremlkonform abstimmen. Für Schirinowski ist Ressentiment gegen alles und jeden Programm: Die Anderen – Reichen, Fremden, Beamten – die den einfachen Russen etwas weggenommen haben. Diese mit gehörigem komödiantischem Talent vorgetragene Anklagen brachten die LDPR immer wieder knapp über die Sieben-Prozent-Hürde. Für die LDPR zu stimmen, ist offensichtlich eine Möglichkeit, es denen „da oben“ zu zeigen, ohne wirklich etwas zu riskieren.

### **Die liberalen Parteien – Opposition ohne Hoffnung**

2003 war es keiner liberalen Partei gelungen, die damals geltende Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in die Duma einzuziehen. Die gesamte Legislaturperiode über, aber mit wachsender Intensität seit Anfang 2006, wurde in unterschiedlichen Kombinationen über Zusammenschlüsse und Koalitionen liberaler Parteien und Politiker verhandelt. Grundsätzlich herrschte Einigkeit, dass es dem Kreml schwerer fallen würde, einer einigen liberalen Opposition den Wiedereinzug ins Parlament zu verwehren als mehreren konkurrierenden. Die entscheidenden Grundlinien und das Ergebnis sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden. Es gab fünf Hauptakteure: Jabloko, SPS, Wladimir Ryschkow mit seiner Republikanischen Partei, den ehemaligen Ministerpräsident Michail Kasjanow und den ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparow. Kasparows und Kasjanows Bemühungen waren von Anfang an stärker auf die Präsidentenwahlen orientiert als auf die Dumawahlen. Beide haben keine Parteien.

Entsprechend versuchte Michail Kasjanow, 2005 eine lange bestehende Partei, die Demokratische Partei, als Vorsitzender zu übernehmen. Der Versuch wurde durch eine Intrige des Kreml vereitelt und Kasjanow

blieb ohne Partei. Er gründete daraufhin eine Bewegung unter dem Namen „Volksdemokratische Union“. Seit 2007 versucht er sie erfolglos in eine Partei umzuwandeln. Kasjanows Versuch zu den Präsidentenwahlen zu kandidieren, endete Ende Januar 2008 vor der Zentralen Wahlkommission, die viele der eingereichten zwei Millionen Unterschriften nicht anerkannte, um die Kandidatur nicht zulassen zu können. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kreml für alle Beobachter offensichtlich längst entschieden, keine oppositionellen Gegenkandidaten zu Dmitrij Medwedjew zuzulassen. Ob das nun aus Furcht vor einem zu schlechten Ergebnis für Medwedjew geschah oder umgekehrt, weil man sich des Sieges und seiner nationalen und internationalen Anerkennung auch so sicher war, entzieht sich der Beurteilung.

Garri Kasparow war 2006 der wichtigste Initiator des außerparlamentarischen Oppositionsbündnisses „Das andere Russland“. Weitere Gründer waren die National-Bolschewistische Partei (NBP) des Schriftstellers Eduard Limonow, Michail Kasjanow, der radikale Jugendverband AKM (Avantgarde der Kommunistischen Jugend) und eine Reihe weiterer Einzelpersonen. Auch Wladimir Ryschkow gehörte dem „Anderen Russland“ zeitweise an. Insbesondere die NBP hat, was nicht nur Kasparow, sondern den meisten Oppositionsorganisationen weitgehend fehlt: eine relativ große Zahl disziplinierter und aktionsbereiter, meist junger Mitglieder. Schätzungen gehen von 4000 bis 30.000 jungen Menschen aus. Das „Andere Russland“ kritisiert die Politik des Kreml grundsätzlich. Kasparow nennt das System eine Diktatur und schließt eine Teilnahme an Wahlen als sinnlos aus, weil deren Ergebnisse ohnehin von der Machtelite vorbestimmt seien. „Anderes Russland“ rief ab Frühjahr 2007 in verschiedenen russischen Städten zu „Märschen der Nichteinverstandenen“ auf. Die Märsche wurden von massiven Polizeiaufgeboten mehrfach gewaltsam aufgelöst. Jabloko und SPS

schlossen sich dem „Anderen Russland“ wegen der Beteiligung von nationalistischen (NBP) und stalinistischen Organisationen, darunter AKM, nicht an. Kasparow schmähte sie daraufhin als vom Kreml gesteuert.

Verhandlungen zwischen Jabloko, SPS und Ryschkow über ein Zusammengehen oder einen Zusammenschluss scheiterten mehrfach. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gibt persönliche Unvereinbarkeiten, die noch aus den 1990er Jahren stammen. Platzhirschgebaren der jeweiligen offiziellen und inoffiziellen Führungspersonen haben ebenso eine Rolle gespielt, wie das nicht unerhebliche Beharrungsvermögen der Parteibürokratien. Der Jabloko-Vorsitzende Grigorij Jawlinskij weist zudem darauf hin, dass man beim Zusammenschluss von zwei oder mehr Parteien die Umfrageergebnisse nicht addieren könne. Viele Wähler von Jabloko seien nicht bereit, für SPS zu stimmen und umgekehrt. Wie sie sich bei einem Zusammenschluss verhalten würden, sei schwer vorauszusagen. Tatsächlich gehören Jawlinskij und seine Wähler zu den langjährigen Kritikern der wilden Privatisierung der 1990er Jahre und vertreten weniger marktliberale und stärker sozial orientierte Positionen als SPS.

Neben den angesichts der politischen Bedingungen wohl überwindbaren persönlichen und inhaltlichen Differenzen spielten aber auch praktische und rechtliche Probleme eine Rolle. Früher erlaubte Listenverbindungen mehrerer Parteien sind inzwischen verboten. Die Verschmelzung von zwei Parteien wäre nur durch die Gründung einer neuen dritten Partei möglich gewesen. SPS und Jabloko traten mit einem niederschmetternden Ergebnis getrennt zu den Dumawahlen an. Nach dem Verbot seiner Partei verhandelte Wladimir Ryschkow mit Jabloko und SPS darüber, auf einer ihrer Listen zu kandidieren. Mit Jabloko kam es zu keiner Einigung. SPS machte Ryschkow das Angebot auf einem der drei vordersten Listenplätze zu kandidieren, zog die

Offerte aber später zurück, wohl auf Druck aus dem Kreml.

Die erneute Wahlniederlage hat die oppositionellen Parteien hart getroffen. SPS lag lange Zeit in einer Art Schockstarre, bis sich die Partei Anfang Oktober 2008 spaltete. Ein Teil um Anatolij Tschubajts gab dem Kreml Druck nach und kündigte die Vereinigung mit der Kremlpartei Zivile Kraft und einer dubiosen Demokratischen Partei an. Jabloko hat große Probleme mit den Parteifinzen. Wie alle Parteien hat Jabloko die vom Staat zur Verfügung gestellte kostenlose Fernsehzeit im Wahlkampf genutzt. Allerdings bestimmt das Wahlgesetz, dass Parteien, die weniger als 3 Prozent der Stimmen erhalten, diese Fernsehzeit im Nachhinein bezahlen müssen. Nun kann Jabloko diese Summen nicht aufbringen. Außerdem wuchs nach der Niederlage eine starke innerparteiliche Opposition gegen den Parteivorsitzenden Grigorij Jawlinskij, die eine radikalere Politik und eine Annäherung an die außerparlamentarische Opposition um Garri Kasparow forderte. Ende Juni trat Jawlinskij auf einem Parteitag nicht mehr als Vorsitzender an. Auf seinen Vorschlag hin wurde mit Sergej Mitrochin einer seiner beiden Stellvertreter zum Vorsitzenden gewählt. Ein gleichzeitig eingerichteter Parteirat, dem neben dem neuen Vorsitzenden auch Jawlinskij und seine Kritiker angehören, soll künftig die strategische Ausrichtung der Partei bestimmen.

### **3. Kontrollierte Zivilgesellschaft**

Die zivilgesellschaftlichen Kräfte sind während der Präsidentschaft Putins nie in der Lage gewesen, die Öffentlichkeit in ausreichendem Maße zur Verteidigung bürgerlicher Freiheits- und Beteiligungsrechte wie Pressefreiheit, Wahlrechte und das Recht auf ein unabhängiges und faires Gerichtsverfahren zu mobilisieren. Ihre Tragik ist es, dass sie sich wegen

des Ausschaltens jeglicher politischer Opposition durch den Kreml in der ungewohnten und ungewollten Rolle einer politischen Opposition wiederfanden. Politische Opposition ist im System Putin aber nicht erlaubt. Die schon zuvor nicht komfortable Lage der NGO wurde vollends prekär, nachdem in Serbien, in der Ukraine und in Georgien NGO eine nicht unbedeutende Rolle bei der Überwindung autoritärer Regime gespielt hatten. Die Folge war eine erhöhte Aufmerksamkeit des Kreml und das neue, Ende 2005 verabschiedete und im April 2006 in Kraft getretene NGO-Gesetz.

Mit diesem Gesetz hat sich der Staat gegenüber russischen NGO und in Russland registrierten und tätigen ausländischen NGO weitreichende Kontroll- und Sanktionsinstrumente geschaffen. Sinn des Gesetzes ist Kontrolle. Kontrolle vor allem der Geldflüsse aus dem Ausland an russische NGO, aber auch ihrer Tätigkeit in Russland und des Handelns ausländischer NGO im Land. Trotz dieser und weiterer Formierungsversuche hat sich die russische Zivilgesellschaft in den Jahren der Putinschen Präsidentschaft entwickelt. Wenngleich auf im internationalen Vergleich niedrigem Niveau.

### **Das neue NGO-Gesetz**

Eine neue dem Justizministerium unterstellte Behörde mit der Bezeichnung Rosregistracija, die ebenfalls für politische Parteien und religiöse Organisationen zuständig ist, kontrolliert seitdem die NGO. Die von Präsident Putin und anderen hochgestellten Vertretern des russischen Staates oft wiederholte und zuletzt im Dumawahlkampf im Herbst 2007 drastisch illustrierte Begründung für das neue NGO-Gesetz war deutlich: Es gebe Erkenntnisse der Geheimdienste, dass über NGO terroristische Organisationen finanziert würden. Das müsse verhindert werden. Außerdem sei es nicht akzeptabel, dass über NGO versucht werde, vom Ausland aus Einfluss auf die russische Politik zu nehmen. Während der jüngsten

Wahlkämpfe hat sich Putin immer wieder in scharfem Ton gegen „Einmischung“ von außen in die russische Politik und gegen NGO gewandt, die Geld aus dem Ausland bezögen und deshalb für „ausländische Auftraggeber“ arbeiteten. In einer Rede Ende November 2007 verglich Putin die NGO mit „Schakalen, die um ausländische Botschaften und die Vertretungen ausländischer Stiftungen“ streunten.

### **Russische NGOs**

Die russischen NGO werden inzwischen regelmäßig überprüft. Dabei kritisiert Rosregistracija vor allem angebliche oder tatsächliche formale Gesetzesverletzungen. Das führt in erster Linie zu einem erheblichen administrativem Mehraufwand. Direktes politisches Vorgehen und Schließungen bleiben bisher selten. Offenbar geht es dem Staat eher um Einschüchterung als um Repression. Allerdings funktioniert auch hier der russische Staat nicht so monolithisch, wie das nach außen mitunter scheint. Die Rechtlosigkeit führt oft zu einer Art „Privatisierung“ staatlichen Handelns für private oder partikulare Interessen. Zum anderen entwickeln auch die Aufsichtsbehörden einen bürokratischen Eigensinn, eine Mischung aus Pflichterfüllung und Korruption.

Insgesamt lässt sich nach gut zwei Jahren sagen, dass es eher in Ausnahmefällen zu direkten staatlichen Repressionen gegen aktuell oder langfristig unbotmäßige NGO kommt. Probleme bereitet vor allem die mit dem Gesetz erzeugte erhöhte Aufmerksamkeit unterschiedlicher Behörden gegenüber NGO. Aufmerksamkeit durch die Behörden bedeutet in einer hoch korrupten Gesellschaft wie der russischen, in der Beschwerde- und Berufungsinstanzen nur eingeschränkt funktionieren, vor allem erhöhten administrativen Aufwand, den sich nicht alle NGO leisten können. Das Wissen, wie man sich gesetzlich verhält und sich gegebenenfalls gegen Behördenwillkür schützen kann, ist nicht allgemein



verbreitet. Einer im Frühjahr 2007 vorgelegten Untersuchung der Staatlichen Hochschule für Wirtschaft in Moskau zufolge liegen die Kosten zur Gründung einer NGO im Landesdurchschnitt zu einem Drittel über den Kosten zur Gründung eines Wirtschaftsunternehmens. Damit wurde eine erhebliche Barriere aufgebaut, die Neugründungen von NGOs verhindert und zur Schließung bestehender NGOs führt. Gleichzeitig unterliegen Wirtschaftsunternehmen geringeren Kontrollen und haben weitergehende Rechte. NGOs müssen hingegen aufwändige Genehmigungsprozeduren über sich ergehen lassen. Die Zahl der Kontrollen ist praktisch unbegrenzt.

Deshalb verzichten Initiativen bereits vermehrt auf formale Registrierung. Sie bleiben lieber informell. Es gibt Fälle, in denen Wirtschaftsunternehmen anstelle von NGO gegründet wurden.

Weil die NGOs als politisch gefährlich gebrandmarkt sind, kontrollieren Behörden aller Art verstärkt, ob beispielsweise das Arbeitsrecht, das Steuerrecht, Arbeitsschutzbestimmungen oder der Brandschutz eingehalten werden. Mit Beanstandungen lassen sich politische Hintergründe staatlichen Vorgehens gegen NGO zumindest teilweise kaschieren.

Als Präsident hat Putin mehrfach öffentlich erklärt, er sei bereit, Änderungen des NGO-Gesetzes zu unterstützen, wenn die NGO nachweisen könnten, dass und welche Bestimmungen ihre Arbeit über Gebühr behindern. Doch auf Vorschläge zum Beispiel des präsidentalen „Rats zur Unterstützung der Entwicklung von Instituten der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“ unter Vorsitz von Ella Pamfilowa reagierte Putin ausweichend bis ablehnend. Kurz: Er zeigte sich nicht überzeugt, dass das Gesetz tatsächlich die NGO-Arbeit behindert. Eine der „liberalen Gesten“ des gerade gewählten Präsidenten Dmitrij Medwedjew, eine vorsichtige Kritik an der vom Kreml gesteuerten so genannten Gesellschaftskammer und der Vorschlag, ihre

Zusammensetzung und die Regeln der Auswahl ihrer Mitglieder zu ändern, hatte bisher keine konkreten Folgen. Vorerst werden die NGO weiter mit dem existierenden Gesetz, seinen Untiefen und den dadurch gegebenen Möglichkeiten willkürlicher staatlicher Gängelung leben müssen. Viele NGO finden es ohnehin wichtiger, die Unabhängigkeit von Gerichten zu stärken, da auch unter den gegebenen gesetzlichen Bedingungen die Angriffe von Behörden auf NGO meist unrechtmäßig sind.

#### **Ausländische NGOs**

Ausländische NGO mussten sich bis Mitte Oktober 2006 neu registrieren lassen. Das ist den meisten ohne besondere Probleme gelungen, wenn auch unter hohen administrativen Anstrengungen. Die ausländischen NGO reichen inzwischen regelmäßig Finanz- und Sachberichte ein, allerdings ohne Reaktionen von der staatlichen Registrierungsbehörde Rosregistracija. Es hat den Anschein, als ob es in erster Linie um Abschreckung geht. Die Schließung der Büros des British Council zum Jahresbeginn 2008 sagt viel mehr über die britisch-russischen Beziehungen nach den Morden an Litwinenko und Beresowskij aus als über die Arbeit des British Council in Russland.

## **4. Außenpolitik nach dem Georgienkrieg**

Die so genannte Münchner Rede Wladimir Putins bei der Sicherheitskonferenz im Februar 2007 hat viele Politiker und Kommentatoren im Westen aufgeschreckt. Es waren wohl weniger die Inhalte als der auftrumpfende Ton, der deutlich machte: Russland ist mit Macht zurück auf der internationalen Bühne. Der Kreml fühlte sich wieder stark genug, den Worten von einer multipolaren Welt vorerst symbolische Taten folgen zu lassen. Im Krieg gegen Georgien haben

nun auch Waffen gesprochen. Die Botschaft sprach Präsident Medwedjew kurze Zeit später offen und direkt aus: „Mit Russland muss wieder gerechnet werden“. Zwar sagte Medwedjew nicht, wer nun mit Russland wieder rechnen müsse (und wer das aus russischer Sicht in den vergangenen 15 Jahren sträflich vernachlässigt hat), doch die Botschaft ist auch so angekommen: der Westen. Und der rechnet nun.

Der Sieg im Kurzkrieg wurde in Russland auch weniger als Sieg gegen Georgien denn als Sieg gegen die USA aufgefasst. Endlich einmal habe man es den Amerikanern so richtig gezeigt. Dieser erhebenden national-patriotischen Note konnten sich nur wenige in Russland entziehen. Selbst Oppositionelle kritisierten die anfänglich einhellige Unterstützung westlicher Medien für den georgischen Präsidenten Saakaschwili. Die recht schnell erfolgende Eigenkorrektur der Presse wurde in Russland kaum mehr wahrgenommen. Geblieben ist der von der kremlkontrollierten Presse heftigst geschürte Eindruck, dass man im Westen alles und jeden gut heiÙe, wenn es nur gegen Russland gehe.

Russland fordert für sich eine Stellung auf Augenhöhe mit den USA. Diese Anerkennung ist für die Selbstachtung der politischen Elite des Landes von größter Bedeutung. In der Bevölkerung war dieser Anspruch schon vor dem Georgienkrieg sehr populär. Angesichts kommender, vor allem sozialer und wirtschaftlicher Krisen dürfte die Versuchung des Kremls, die selbstgeschaffene nationalpatriotische Hysterie auch weiter zu schüren und zu nutzen stark bleiben.

Die Frage einer Integration Russlands in westliche Strukturen war schon vor dem Krieg zumindest mittelfristig ad acta gelegt worden. Es ging schon länger nur noch darum, wie weit mit dem Westen zusammengearbeitet werden soll und muss. Dabei schwankte das Land bis zum Sommer zwischen Pragmatismus und den alten, wohlbekannten

Ablehnungsreflexen gegenüber dem Westen. Der Westen ist gleichermaßen Freund und Feind. Er symbolisiert die zugleich erstrebte und tief abgelehnte Moderne. Er bedeutet in den Vorstellungen der Menschen in Russland Wohlstand, vor allem aber Ordnung, einen funktionierenden Staat und Recht, aber gleichzeitig auch Kälte, zerfallende Sozialbeziehungen, Recht statt Gerechtigkeit, eine zunehmende Lücke zwischen moralischem Anspruch und alltäglicher politischer Wirklichkeit, nicht zuletzt die Bedrohung, das Eigene, das Eigentümliche zu verlieren. Kurz gesagt: Russland möchte die Segnungen des imaginierten Westen genießen, ohne seine Sünden teilen zu müssen. Damit versuchen Putin und Medwedjew die Quadratur des Kreises.

Die herkömmliche westliche Antwort entspricht diesem Dualismus, nur umgekehrt. Die einen sehen in Russland weiter das alte, in den Denk- und Politiktraditionen des 19. Jahrhunderts verhaftete Imperium, dem keinesfalls zu trauen ist und das es in Schach gehalten werden muss. Die anderen nehmen das Land als einen zurückgebliebenen Verwandten im Marsch in die Postmoderne wahr, der sich ein paar seltsame und unzeitgemäÙe Marotten leistet. Kurz: Der Westen ist gespalten in diejenigen, für die Russland Feind ist, und in diejenigen, die in Russland einen Freund sehen. Der Krieg hat diese Spaltung im Westen zumindest kurzfristig verdeckt. Erstmals seit langem konnte sich die EU bei allen Unterschieden auf eine gemeinsame Reaktion auf das russische Ungemach einigen: Die Selbstverteidigung der russischen Soldaten in Südossetien und der Schutz der Zivilbevölkerung wird akzeptiert, die Bombardierung und Ausschaltung der georgischen militärischen Infrastruktur als unangemessen abgelehnt und die Besetzung georgischen Kernlandes und die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Abchasiens und Südossetiens durch Russland als inakzeptabel verurteilt. Das ist Politik, dem eine rechtliche und menschenrechtliche Untersuchung der Ereignisse

Anfang August folgen muss. Soweit das aus den unvollständigen Monitoringdaten von Menschenrechtsgruppen wie Memorial und Human Rights Watch schon erkennbar ist, sind Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung von beiden Seiten begangen worden.

Es bleibt ein zusätzlich belastetes und mehrfach gebrochenes Verhältnis zwischen Russland und dem Westen. Natürlich gibt es gemeinsame Interessen. Aber zugleich gibt es eine Reihe von Konflikten, bei denen oft nur schwer zu unterscheiden ist, ob es um die Wahrung begründbarer Interessen geht, oder ob der Grund in geopolitischen Machtauseinandersetzungen zu suchen ist. Die selbstbewusste bis herausfordernde Tonart vieler russischer Akteure in der internationalen Arena hat mehrere Quellen. Da ist zum einen eine tatsächlich wiedergewonnene Stärke, die aber sowohl in Russland als auch im Westen überschätzt wird. Zum zweiten ist das ein psychologischer Bluff, der einschüchtern soll. Zum dritten schwingt darin eine aus der Erinnerung an den Großmachtsstatus der Sowjetunion gespeiste Selbstüberschätzung mit. Zum vierten setzt sich innerhalb der politischen Elite Russlands immer mehr die Ansicht durch, der Westen insgesamt befinde sich im politischen, wirtschaftlichen und moralischen Niedergang. Russland wird dagegen angesichts seines relativen ökonomischen Aufschwungs und der Vormachtstellung auf dem Energiemarkt zu den aufkommenden Mächten wie China, Indien oder gezählt.

Wie auch immer die Schuldfrage am Krieg in Georgien geklärt werden wird (und das wird angesichts der langen und verwickelten Vorgeschichte und vieler kleinerer und größerer Angriffe von beiden Seiten vor dem 7. August 2008 schwer genug werden): Russland reklamiert als Ausgang des Kriegs neue Stärke und neues Selbstbewusstsein für sich. Die schnelle und als „Rache an der NATO für den Kosovo“ gefeierte Anerkennung Abchasiens und

Südossetiens könnten sich aber auf lange Sicht als strategischer Fehler erweisen. Soweit erkennbar erfolgte dieser Schritt, um zu zeigen, dass nicht nur die NATO (aus russischer Sicht heißt das immer: die USA) souverän zu handeln in der Lage ist. Eine zynische und in Russland gegenwärtig verbreitete Sicht knüpft den Status einer Großmacht an ebendiese Souveränität im Carl Schmittschen Sinn. Diese Souveränitätsdemonstration ist durchaus gelungen. Der kremlnahe Politologe Wjatscheslaw Nikonow drückte das beim Petersburger Dialog im Oktober 2008 so aus: Russland, eine Großmacht, habe militärisch eingegriffen und die beiden Staaten anerkannt. Wenn andere Mächte etwas dagegen hätten, müssten sie zur Gewaltanwendung bereit sein. Er, Nikonow, sähe diese Bereitschaft nicht. Womit er glücklicherweise Recht hat.

Das hat sicher nicht nur in Russland und im Westen Eindruck gemacht. Allerdings hat dieser Sieg eine Rückseite. Kein Staat außer Nicaragua (und der Hamas) ist bis Mitte Oktober dem russischen Schritt gefolgt und hat Südossetien und Abchasien völkerrechtlich anerkannt. Weder die im gegenseitigen Verteidigungspakt stehenden GUS-Staaten wie Kasachstan, Belarus oder Usbekistan, noch China, Indien oder gar der Iran sind Russland trotz intensivstem diplomatischen Drängen gefolgt. Eine Gegenallianz gegen den Westen lässt sich offensichtlich nicht mit dessen Argumenten aufbauen. Wer den Kosovo aus nicht anerkannt hat, weil es im eigenen Land Territorialkonflikte oder ethnische Konflikte gibt oder weil er dem Westen nicht folgen wollte, ist offenbar auch nicht bereit Abchasien und Südossetien anzuerkennen, nur weil es gegen den Westen geht.

Die gegenwärtige russische außenpolitische Stärke bleibt also bisher weitgehend (Auto-)Suggestion und der Westen sollte sich davor nicht fürchten. Man darf aber, und das hat der Georgienkrieg noch einmal gezeigt, die russischen Ansprüche auch nicht auf die

leichte Schulter nehmen. Viele wichtige internationale Probleme können zwar ohne Russland überwunden werden, aber kaum gegen das Land. Bei einigen, wie z.B. dem iranischen Atomprogramm, geht es ohne Russland kaum. Auch wird der Westen wohl vorerst das russische Störpotential nicht mehr unterschätzen. Die anspruchsvollere russische Außenpolitik ist für den Westen und insbesondere für die EU ein Problem, allerdings eines mit vielen Chancen. Das heutige Russland ist trotz und wegen Putin weit von der späten Sowjetunion entfernt: Trotz aller autoritären Tendenzen ist das Land freier, weitgehend marktwirtschaftlich und ohne ideologische Weltbeherrschungsmission. Geblieben ist aber ein weitgehend aus dem 19. Jahrhundert stammendes geopolitisches Verständnis internationaler Beziehungen. Dazu hier noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen.

### **Globalisierung ändert Geopolitik**

Die herrschende russische politische Elite lehnt das westliche liberale Demokratiemodell ab, bezieht sich dabei aber nicht auf Denkschulen eurasiatischer Nationalismen, sondern auf den Souveränitätsbegriff von Carl Schmitt: Sie ist antipluralistisch und antipopulistisch zugleich, frei nach der Schmittschen Demokratiedefinition der Identität zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Russische Forderungen, die in den 1990er Jahren geschlossenen Abmachungen zu revidieren, haben hier ihre Wurzeln. In den 1990er Jahren war Russland schwach, entsprechend konnte der Westen dem Land seinen Willen aufzwingen. Heute ist Russland stark. Also hat es die Möglichkeit und das moralische Recht, Revisionen dieser Abmachungen zu verlangen.

Aus heutiger russischer Sicht hat der Westen unter dem Deckmantel humanitärer und altruistischer Phrasen die vorübergehende russische Schwächephase in den 1990ern genutzt, um seinen

Machtbereich bis an die russischen Grenzen auszuweiten. Ziel dieser Politik sei es, Russland langfristig als Konkurrenten auszuschalten. Insbesondere die Osterweiterung der NATO und der EU werden in Russland heute als antirussische Interessen interpretiert. Das gilt für die politische Elite ebenso wie für eine große Mehrheit der russischen Bevölkerung.

Putins Münchner Rede zählt heute zu den großen Siegen des ehemaligen Präsidenten. Man ist überzeugt davon und stolz darauf, dass Russland in der Welt wieder geachtet und gefürchtet wird. Als Putin direkt nach der Geiseltragödie von Beslan sagte: „Wir haben uns als schwach erwiesen – und die Schwachen schlägt man“, sprach er vielen Menschen in Russland aus dem Herzen. Es wäre wenig verwunderlich, wenn die Menschen glauben, das gelte zwischen Staaten umso mehr.

Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die auf stalinistische Denkmuster zurückgreifende Propaganda, Russland sei von Feinden umringt. Im Sommer 2007 erklärte Putin vor russischen Historikern und Geschichtslehrern, unter Stalin seien schreckliche Dinge passiert, die sich nicht wiederholen dürften. Allerdings stehe Russland in diesen Dingen nicht allein da, woanders seien ähnlich Verbrechen verübt worden. Ende Oktober 2007 zeigte sich Putin allerdings tief beeindruckt auf dem Massenerschießungsplatz Butowo bei Moskau, auf dem zwischen August 1937 und Oktober 1938 mehr als 20.000 Menschen ermordet wurden. Die Fotowand mit den Erschossenen zu sehen, sagte Putin, bringe ihn fast um den Verstand. Die Sichtweise, dass Stalin ein Verbrecher und gleichzeitig ein großer Staatsmann war, ist in Russland noch heute weit verbreitet. Er wird oft in eine Reihe mit den Zaren Iwan dem Schrecklichen und Peter dem Großen gestellt. Alle drei werden, unabhängig von moralischen und ethischen Wertungen, als Modernisier

Russland bewundert, nach deren Regentschaft das russische Reich größer und mächtiger wurde.

Die zurückhaltende Reaktion in der EU auf das erstarkte russische Selbstbewusstsein wirken in Russland wie eine Bestätigung folgender Thesen: Russland mit seinen Energievorkommen und der noch verbliebenen militärischen Macht zeigt seine Muskeln und Europa schreckt zurück. Putins Außenpolitik, Russland wieder zu einer der Hauptfiguren auf der Weltbühne zu machen, bekommt von allen Politikfeldern die höchste Zustimmung.

Genauer betrachtet, ist die bisherige Erfolgsbilanz von Putins Westpolitik eher bescheiden und vorwiegend defensiv. Die in den 1990er Jahren gezogene rote Linie, wonach in den neuen NATO-Ländern keine „relevanten“ NATO-Truppen stationiert werden sollen, wird kaum zu halten sein. Auch in der Auseinandersetzung um die Stationierung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien überwiegen auf russischer Seite defensive Elemente. Das laute und harte Auftreten beeindruckt viele EU-Regierungen. Umso wichtiger war die geschlossene und angemessene Reaktion der EU auf das russische Vorgehen in Georgien: Verurteilen, was unakzeptabel ist und das auch immer wieder deutlich beim Namen nennen, weiter alle Gesprächskanäle nutzen und es vor allem nicht mit symbolischen aber unwirksamen und damit lächerlichen Sanktionen versuchen. Das ist wirksamer als die beleidigte Reaktion der Bush-Administration, sich aus allen Gesprächen auf höherer Ebene mit dem Kreml zurück zu ziehen.

### **Strategisches Dilemma**

Die neue Aggressivität, mit der Russland einen „legitimen“ Einflussbereich an seinen Grenzen für sich beansprucht, drängt ein seit Anfang der 1990er Jahre bestehendes strategisches Dilemma des Westens erneut in den Vordergrund. Denjenigen Ländern, die eine Allianz mit dem Westen wollen

bieten sich zwei Möglichkeiten: der Beitritt zur NATO und der Beitritt zur EU. Ebenso kann der Westen mit beiden sowohl Perspektive auch einen gewissen Schutz gewähren. Beide eignen sich auch durchaus als Instrumente die innere Demokratisierung der Kandidaten zu unterstützen. Nun war die NATO vor allem unter dem Druck der USA immer schneller als die viel mehr auf innere Verständigung angewiesene EU. Gleichzeitig wird die NATO aber in Russland (und zwar sowohl von der politischen Elite als auch in der Bevölkerung) vorwiegend als gegen Russland gerichtetes Militärbündnis angesehen, die EU hingegen als ein durchaus ziviler und letztendlich eher freundlicher Zusammenschluss.

In Bezug auf Georgien und die Ukraine wäre eine Perspektive auf einen EU-Beitritt ein wichtiges Signal in die beiden Gesellschaften hinein, dass es sich lohnt, sich anzustrengen. Und es wäre ein Signal an Russland, dass es nicht um eine neue militärische Konfrontation geht. Leider ist solch ein Signal angesichts der inneren Probleme der EU und des Verfassungskonflikts sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist hingegen das Angebot der NATO auf eine künftige Mitgliedschaft dieser beiden Länder. In Georgien dürfte eine Mehrheit eine NATO-Mitgliedschaft begrüßen. In der Ukraine ist zwar nicht, wie oft kolportiert wird, eine Mehrheit dagegen. Doch die Befürworter eines NATO-Beitritts sind auch in der Minderheit. In Russland würde insbesondere eine Mitgliedschaft der Ukraine als feindlicher Akt aufgenommen. Es wird schwer werden, einen Weg aus der Verpflichtung zur Hilfe für Georgien und der Ukraine und einer harten Konfrontation mit Russland zu finden.

## 5. Die Angst der EU vor Russland

In den 1990ern war Russland ein schwaches Land und die EU träumte, davon eine Art zivile Supermacht zu werden. Heute sind die meisten Russen und ihre Regierung davon überzeugt, dass Russland zu alter Stärke zurückgefunden hat, während sie die EU nach der Erweiterung in einer existenziellen Krise sehen. Russland ist ein wenig reicher und sehr viel selbstbewusster geworden. Die EU wurde größer, aber auch unsicherer.

Viele der Streitpunkte zwischen Russland und der EU haben damit zu tun, dass die EU „östlicher“ geworden ist. Die neuen EU-Mitglieder in Mittelosteuropa halten einen Zorn gegen die vormaligen Unterdrücker. „Östlicher“ zu werden heißt für die EU zudem, näher an jene Gegend Europas zu rücken, die Russland als sein „vitaleres Interessensgebiet“ betrachtet.

### Die Macht der Psychologie

Das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt, dass man auch ohne gute politische Beziehungen erfolgreich Handel treiben kann. Zudem ist das russische Interesse am Öl- und Gas-Flow in die eine und am Cash-Flow in die andere Richtung mindestens ebenso groß wie das der EU. Trotz des wirtschaftlichen Erfolgs bleibt Russland ein eher armes Land mit einer rohstoffabhängigen Wirtschaft, mit fragilen und korrupten Staatsstrukturen und einem Durchschnittseinkommen weit unter EU-Niveau. Russland braucht die EU, die EU braucht Russland. Die Bewunderung des russischen Wirtschaftswunders im Westen wurzelt mehr in Hoffnung und purer Gier als in rationalen Überlegungen.

Es ist falsch, dass Russland heute stark ist und die EU schwach. Es ist falsch, dass Russland Gas und Öl andere Länder verkaufen könnte und die EU auf Russlands Gnade angewiesen ist. Der Westen hat Russland in den 1990er Jahren unterschätzt und

überschätzt heute die Möglichkeiten des Landes. Das erzeugt heftige Interferenzen.

### Die Last der Geschichte

Es waren in erster Linie die historischen Erfahrungen mit Russland und Deutschland, die Polen, Tschechien und die baltischen Staaten nach dem Ende des Kalten Kriegs anspornten, energisch erst in die NATO und dann in die EU zu drängen. Doch führte diese europäische Wiedervereinigung zu einer neuen Trennungslinie in Europa, nun weiter im Osten. Jenseits und diesseits dieser Linie wird unterschiedlich interpretiert, was nach dem Kalten Krieg geschah. Die meisten EU-Bürger würden wohl von einem Sieg der Freiheit sprechen. In Russland wird diese Sicht aber nur von einer Minderheit geteilt. Die meisten Menschen dort begreifen das Ende der Sowjetunion als Niederlage. Zurückgeblieben ist eine narzisstische Kränkung weltpolitischen Ausmaßes. Freiheit assoziieren die meisten Russen vor allem mit dem „Chaos“ der Jelzin-Jahre. Viele Menschen in Russland haben den Eindruck, ihr Land sei in der EU nicht willkommen.

Es gibt noch einen weiteren historischen Widerspruch zwischen Russland und der EU, der die gegenseitige Verständigung schwierig macht. Das jeweilige Verständnis von Staatlichkeit und Nation beziehen sich auf unterschiedliche historische Traumata. Sie unterscheiden sich grundsätzlich, ja schließen sich sogar aus. Die EU ist die Antwort auf 300 Jahre europäischen Bürgerkrieg, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Katastrophe führte. Die Antwort darauf heißt, dass Europa nur überleben kann, wenn die europäischen Nationen freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben. In den Augen der meisten EU-Bürger funktioniert das inzwischen seit 50 Jahren.

Russland dagegen leidet immer noch am Zusammenbruch der Sowjetunion und fürchtet einen erneuten Ruin. Putins Rezept dagegen: Alle Macht in

einer Hand konzentrieren. Die meisten Russen sind davon überzeugt, dass das richtig ist.

### **Wie sollte der Umgang man mit Russland aussehen?**

Russland ist weder ein Freund noch ein Feind der EU. Die russische Außenpolitik ist, vielleicht mit der Ausnahme der Energiepolitik, bis heute weniger aktiv als reaktiv. Das gilt selbst noch für den Krieg in Georgien. Es scheint, vorbehaltlich genauerer Untersuchungen des Hergangs, als habe der Kreml eher eine aus seiner Sicht günstige Gelegenheit nutzen wollen als dass er sie zielstrebig herbeigeführt habe. Doch solange es keine zusammenhängende Russlandpolitik der EU gibt, wird Russland in der Lage sein, daraus immer wieder strategische Vorteile zu ziehen.

Die EU hat drei strategische Optionen:

- Strategische Partnerschaft
- Selektive Partnerschaft
- Keine Partnerschaft

Keine dieser Optionen gibt eine befriedigende Antwort. Russland ist heute kein ideologischer Gegner des Westens mehr, so wie es die Sowjetunion war. Es ist vielmehr umgekehrt. Die Ablehnung demokratischer und liberaler Werte durch den Kreml ist fast völlig defensiv. Die Elite verteidigt so ihre politische Macht und meist gleichzeitig ihren persönlichen Reichtum. Viele Russen lehnen Demokratie wegen ihrer schlechten Erfahrungen unter Jelzin ab. Demokratie ist für sie vorerst untrennbar mit Chaos, Unsicherheit und Erniedrigung verbunden. Diese Wertelücke schließt eine strategische Partnerschaft als Option vorerst aus (und ist der wesentliche Unterschied zum Verhältnis der EU mit den USA). Sie sollte aber als Ziel nicht aus den Augen verloren werden.

Selektive Partnerschaft beschreibt die gegenwärtige Situation und ist für die EU ohne besondere Vorteile. Russland würde in der Lage bleiben, sich Vorteile zu

sichern, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen.

Die dritte Option, keine Partnerschaft einzugehen, liegt nicht im EU-Interesse. Die EU braucht die Zusammenarbeit mit Russland. Es ist zwar möglich, viele Konflikte in Europa oder anderen Regionen der Welt ohne Russland zu lösen. Aber das kann nicht gegen das Land gelingen.

Was dann? Die EU sollte mit Russland zusammen arbeiten, auch wenn es dort Demokratiedefizite gibt. Ebenso sollte die EU aber über die russischen Mängel klagen, als ob es keine Zusammenarbeit gäbe. Die EU braucht Russland als wirtschaftlichen und politischen Partner und als verlässlichen und nicht bedrohlichen Nachbarn. Ein gutes Beispiel, wie das geschehen kann ist das Vorgehen der EU als Reaktion auf den Georgienkrieg: Fest, bestimmt, nicht hysterisch und vor allem geschlossen.

Obwohl viele russische Politiker glauben, die EU nicht für voll nehmen zu müssen, sieht eine Mehrheit der Bevölkerung die Zukunft des Landes an der Seite der EU. Diese Menschen sind in großes Pfund für die EU-Russlandpolitik. Die EU muss ihr Bestes tun, sie nicht zu enttäuschen. Der einfachste Weg in ihre Herzen wäre eine spürbare Verbesserung des Visa-Systems. Botschaften und Konsulate sind oft der erste direkte Kontakt der Menschen mit der EU. In der Menge vor den Metallgittern der Visa-Abteilungen ist es aber, vorsichtig ausgedrückt, sehr schwer, sich in der EU willkommen zu fühlen. Umgekehrt: Alle dort ausgesendeten Signale sagen, die EU ist eine Festung, die nur Ausgewählten Zutritt gewährt.

Die EU und besonders die Schengen-Schlagbäume so weit wie möglich zu öffnen, dürfte das Wertvollste sein, das die EU gegenwärtig tun kann, um eine künftige demokratische Entwicklung in Russland zu unterstützen. Im Gegensatz zum üblichen Verständnis besteht Realpolitik gegenüber Russland für die EU heute mehr aus sogenannten *weichen* Maßnahmen als aus *harten*: Kooperation, wo

möglich, offene Grenzen, wirkliche Reziprozität (das heißt, die Russen als Europäer ernst zu nehmen), das Vermeiden von doppelten Standards und, vielleicht am wichtigsten, den eigene Idealen so gerecht wie möglich zu werden.

## 6. Vom Fortwirken der Geschichte

Die Geschichte ist nach dem Kollaps der Sowjetunion nicht zu Ende gegangen ist. Viele Veränderungen in Europa stehen damit in direktem Zusammenhang. Dass Staaten wie Polen, Tschechen, die Slowakei, Ungarn und die baltischen Länder den Anschluss an den westlichen Teil Europas wieder gefunden haben, wird zu Recht als Wiedervereinigung Europas und als Überwindung einer widernatürlichen politischen, sozialen und kulturellen Teilung gefeiert. Doch stellte sich dabei sofort die Frage nach den neuen Grenzen Europas. Warum sollte am Bug, am Dnjepr oder an der Beresina, Schluss sein? Der neue Grenzverlauf beginnt sich gerade abzuzeichnen, ist aber noch unklar. Die meisten Menschen und Politiker gehen offensichtlich davon aus, dass Russland „draußen“ bleibt. Es scheinen sich diejenigen durchzusetzen, die dem Mythos anhängen, Russland und die Russen seien anders, anders als Portugiesen, Griechen oder Esten, nicht richtig europäisch und für die Demokratie nicht geschaffen.

### Wahrnehmung der Wende 1989 bis 1991

Es gibt verschiedene Interpretationen zur Zeit der Wende. Trotz aller Unterschiede würden die meisten Bewohner der EU sicher der Aussage zustimmen, der Zusammenbruch des sozialistischen Systems sei ein Sieg der Freiheit gewesen. Ein Sieg für die Völker und Freiheit für die Menschen in den Diktaturen Mittel- und Osteuropa. In Russland teilt nur eine kleine Minderheit diese Ansicht. Es wäre aber ein Fehlschluss, das darauf zurück zu führen, dass die Russen schlechte Europäer seien oder sich nicht als Europäer fühlten. Es ist nur schlicht ein Unterschied, ob man sich aus kolonialer

Abhängigkeit befreit oder befreit wird oder ob man aufhört, ein Imperium zu sein und die Kolonien freigibt. Denn das ist es, was Russland unter Jelzin getan hat - selbst wenn viele Russen das heute bedauern.

Dieses Bedauern ist die Spätfolge der enormen narzistischen Kränkung, die die Bewohner der Supermacht Sowjetunion erfahren haben, als sie sich in den 1990er Jahren als Bürger eines schwachen Landes wiederfanden. Die Menschen in der Ukraine, in Polen oder in den baltischen Staaten haben neben großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen und politischen Erschütterungen nicht nur das Versprechen einer demokratischen und freien Zukunft in einem vereinten Europa gehört, sondern bereits 1990 Schritte in diese Richtung erlebt. Die Tragik Russlands ist, dass seine Bewohner die gewonnene Freiheit mit Armut, Ungleichheit, Krieg im eigenen Land und einer wenig handlungsfähigen Regierung bezahlt haben. Deshalb wird Freiheit dort bis heute oft mit „Chaos“ assoziiert.

### Nationale Narrative

Die Auseinandersetzungen um den sogenannten „Bronzenen Soldaten“ in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Frühjahr 2007 und die hysterische Reaktionen in Russland darauf sagen eine Menge über die Stärke der Kräfte hinter nationalen Narrativen aus. Es geht an dieser Stelle nicht darum, zu entscheiden, wer in diesem Streit Recht behält. Meist ist das nicht möglich und oft nicht nötig. Beunruhigend ist, dass vor allem in Mittel- und Osteuropa die Narrative dessen, was im 20. Jahrhundert in Europa passiert ist, als Mittel eingesetzt werden, Trennlinien zu schaffen und um Identitäts- und Machtprobleme zu lösen.

Nationale Narrative prallen in den vergangenen Jahren im Osten des Kontinents immer öfter, immer heftiger und immer unversöhnlicher aufeinander. Das geschah und geschieht zwar auch im Westen, aber es gibt drei wichtige Unterschiede. Erstens erkennen dort die streitenden Parteien inzwischen an, dass diese Unterschiede auf der Grundlage gemeinsamer



demokratischer und liberaler Werte ausgehalten werden müssen. In der EU wurden dazu eine ganze Reihe von Foren und Instrumenten entwickelt, mit deren Hilfe solche Konflikte zivilisiert werden sollen. Zum zweiten war Russland über Jahrhunderte Kolonialmacht und Imperium. Alle neuen EU-Länder im Osten und auch die GUS-Republiken lebten lange Zeit unter seiner harten Herrschaft. Sie versuchen nun, ihre erst jüngst gewonnene Unabhängigkeit zu sichern. Viele dieser Länder haben diesen Schutz bereits in der NATO- und in der EU gefunden. Andere, wie Georgien oder die Ukraine, hoffen darauf. Der dritte Unterschied ist die natürliche Unsicherheit aller Länder der Region über die noch junge Identität und die Stabilität der neuen Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit. Das gilt auch für Russland. Diese Unsicherheit verleitet zu unnötiger Aggressivität. Der Georgienkrieg ist dafür Beispiel und Verstärker zugleich.

### **Memorial und die "Russifizierung" der Geschichte**

Viele Russen, und das betrifft durchaus nicht nur die kremlnahen politischen und wirtschaftlichen Eliten, empfinden angesichts der beschriebenen Entwicklungen ein Gefühl der Ausgrenzung:

Die meisten der Länder, die unter sowjetischer Herrschaft gelebt haben, entziehen sich durch ihren Westdrang der gemeinsamen Verantwortung für die sowjetische Geschichte, indem diese „russifiziert“ wird. So ist es ihnen möglich, sich vorwiegend als Opfer russischer Unterdrückung darzustellen. Dem entspricht ein zunehmend aggressives Zurückweisen der Verantwortung für die sowjetische Geschichte auch in Russland. Die neu entstehenden nationalen historischen Narrative erzählen Geschichte zudem überwiegend als kollektive Geschichte. Für Russland bleibt darin oft nur die Täterrolle. Alte EU-Länder neigen zur Solidarität mit den Neumitgliedern und übernehmen damit zum Großteil die alten Narrative.

Innerhalb der EU gibt es seine starke Tendenz, sich mit Europa gleichzusetzen. Diese Versuchung ist besonders

stark, wenn es um Werte geht. Die EU-Erweiterungskriterien sagen klar und offen, dass nur demokratische, liberale und freie Gesellschaften Mitglied der Union werden dürfen. Das wird vor dem Beitritt streng geprüft. Doch nicht alle Mitgliedsstaaten und nicht alle Beitrittskandidaten zeigen diese „Reife“. Nichtsdestotrotz sind einige zweifelhafte Länder bereits EU-Mitglied oder haben gute Chancen, es über zu werden. Für Russland wird eine Mitgliedschaft in der EU ausgeschlossen. Dafür lassen sich viele Argumente finden. Russland selbst hat wohl selbst am meisten dazu beigetragen.

Der Aufruf von *Memorial* zeugt aber noch von einem dritten, diesmal innerrussischen Ausschluss. Kritiker der offiziellen großrussischen Geschichtspolitik finden im Land selbst immer weniger Gehör. Das von *Memorial* vorgeschlagene internationale Geschichtsforum kann ein Weg sein, einem vernünftigen und weniger ideologischen Umgang mit der jüngeren Geschichte in Russland mehr Spielraum zu verschaffen. Frontal kann diese Initiative kaum angegriffen werden. Modest Kolerow, bis 2007 im Kreml für die "interkulturellen Verbindungen mit dem Ausland" zuständig, bescheinigte der *Memorial*-Initiative in einem Interview, "moralisch makellos" zu sein, aber mit ihr einen "Idealismus zu zeigen, der an Inkompetenz" grenze. In den Nachbarländern, so Kolerow, würde die Geschichtspolitik in den Geheimdienstzentralen konzipiert und so die Geschichtsdebatten unifiziert, während in Russland ein "vielfältiger und vielstimmiger" Geschichtsdiskurs herrsche. *Memorial* ist der lebende Beweis dafür.

## 7. Reiches Land, armes Land. Russlands Boom ohne Modernisierung

Die russische Wirtschaft wächst seit 1999 mit jährlichen Raten von sechs und mehr Prozent. Die meisten Prognosen, darunter des IWF und der Weltbank, sagten bis zur weltweiten Finanzkrise und dem Sinken der Ölpreise auch für die kommenden Jahre jährliche Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent voraus. Zwar machen Rohstoffe immer noch über 60 Prozent des russischen Exports aus. Am Bruttoinlandsprodukt hat die Rohstoffwirtschaft inzwischen nur noch einen Anteil von gut 30 Prozent. Trotz dieses sehr freundlichen makroökonomischen Bildes bleiben erhebliche Risiken. Russland ist auch nach sieben Jahren Boom ein eher armes Land. Die soziale Sphäre birgt gegenwärtig wohl das größte Unruhepotential im Land. Die von Putin 2005 ins Leben gerufenen und von Medwedjew als Vizepremierminister verwalteten so genannten „Nationalen Projekte“, mit denen das Gesundheits- und das Bildungssystem, der soziale Wohnungsbau und andere Bereiche reformiert werden sollten, blieben kaum mehr als populistische Gesten.

Zwar ist das monatliche Durchschnittseinkommen von 80 US-Dollar im Jahr 2000 auf 550 Dollar Mitte 2008 gestiegen und die Anteil der Armen an der russischen Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum von 29 auf 15 Prozent gesunken. Damit liegt das russische Durchschnittseinkommen aber immer noch nur bei etwa 20 Prozent des deutschen. Selbst wenn die Wachstumsraten künftig ähnlich hoch bleiben, ist es unwahrscheinlich, dass Russland in absehbarer Zeit zu den hochentwickelten Industriestaaten aufschließt. Zudem gibt es eine ganze Reihe von fundamentalen Risiken, die unter anderem die Sigma-Gruppe, eine Gruppe unabhängiger russischer Wirtschaftswissenschaftler in einer im Herbst 2007 herausgegebenen Studie benennt:

- die russische Wirtschaft bleibt hochgradig ölpreisabhängig;

Politischer Jahresbericht 2007/2008, Russland

- der Konsum wächst seit einigen Jahren schneller als die Investitionen;
- es gelingt der russischen Regierung nicht, die Inflationsrate in den Griff zu bekommen; nach 9 Prozent 2006 lag sie 2007 erneut bei knapp 12 Prozent; für 2008 sagt die Weltbank 15 Prozent und mehr voraus;
- der aufgrund des Petrodollarflows ins Land starke Rubel führt zu mehr Importen und verhindert so die Diversifizierung der russischen Wirtschaft; die steigende Inflation zwang die russische Zentralbank im Frühjahr 2008, dem Aufwertungsdruck des Rubels gegenüber dem Dollar und dem Euro stärker nachzugeben als in den Vorjahren;
- zwar wurde die staatliche Auslandsverschuldung weitgehend abgebaut, aber die Unternehmen haben inzwischen fast genauso viele Auslandsschulden wie die Devisenreserven und der staatliche Stabilitätsfond zusammen;
- die Kapitalflucht ins Ausland bis zum Frühjahr 2008 nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt, aber über Investitionen im Ausland angesichts fehlender attraktiver Anlagemöglichkeiten im Land, kommt es zu einem versteckten „Kapitalexport“ in geschätzter Höhe von 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

Dann aber wendete sich das Blatt. Neben außerrussischen Gründen, wie der weltweiten Finanzkrise traten eine Reihe von Fehlentscheidungen im Land, die vor allem etwas mit dem politischen System und seinen Trägern zu tun haben. Nur so lässt sich erklären, warum die russischen Aktienindizes von Jahresanfang bis Anfang Oktober schon um mehr als 50 Prozent gefallen sind, die Verluste also mehr als doppelt so hoch sind wie an anderen europäischen, den amerikanischen und asiatischen Börsen.

Bereits Anfang des Jahres begann die russische Seite des bisherigen internationalen Vorzeige-Joint-Ventures TNK-BP, der nach Rosneft und Lukoil drittgrößte russische Erdölförderer, ihre britischen Partner aus dem Konzern zu drängen. Der russische Staat verhielt sich dabei nicht neutral, sondern unterstützte mehr oder

weniger offen die TNK-Eigner. So wurden zum Beispiel unter fadenscheinigen Begründungen Arbeitserlaubnisse und –visa britischer Manager bis hoch zu Vorstandschef Robert Dudley nicht mehr verlängert. Am 24. Juli 2008 beschuldigte Premierminister Putin den russischen Stahlkonzern Mechel, in großem Maße Steuern hinterzogen zu haben. Daraufhin brachen die Börsennotierungen für Mechel binnen eines Tages um mehr als 30 Prozent ein, ein Wertverlust von fünf Milliarden US-Dollar. Beide Ereignisse zeigten Investoren, vor allem aus dem Ausland, dass in Russland unter einer unkontrollierten Regierung erheblich politische Risiken liegen. Der Krieg gegen Georgien erhöhte diese Befürchtungen noch einmal.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Risiken der gescheiterten Reformen im Sozialsektor und eine schleichende Reaktivierung einer sozialistischen der Wirtschaftspolitik durch eine stetig wachsende Staatsquote. 2005 sollten benachteiligte und arme Bevölkerungsgruppen günstigere Tarife für Strom, Heizung, Wohnung, Telefon und öffentlichem Transport als direkte Geldleistung erhalten. Die sofort einsetzenden heftigen Straßenproteste im ganzen Land, an vorderster Front Rentner, erschreckten den Kreml derart, dass die Reform zwar nicht formal zurückgenommen wurde, die Proteste aber buchstäblich unter einem Haufen von Geld erstickt wurden. Unabhängige Wirtschaftsforscher errechneten, dass diese Beruhigungsaktion das vier- bis fünffache dessen kostete, was durch die Reformen eingespart werden sollte. Die bis dahin unter Putin strikte und nachhaltige Haushaltspolitik wurde weitgehend aufgegeben. Die Zustimmung der Bevölkerung zu Putins Politik wurde seitdem immer häufiger über zusätzliche Gelder erkaufte. Langfristig dürfte die demographische Entwicklung eines der größten Probleme in Russland sein. Die russische Bevölkerung ist trotz positiver Zuwanderungsraten von 149 Millionen Menschen 1991 auf 142 Millionen 2007 gesunken. Die Lebenserwartung ist äußerst niedrig. Russische Männer leben im Schnitt 15 bis 19 Jahre

weniger als in den OECD-Ländern, Frauen leben 7 bis 12 Jahre kürzer. Wenn dieser Trend anhält, wird die russische Bevölkerung 2025 noch 123 Millionen Menschen betragen. Und eine Trendwende ist trotz des leichten Anstiegs der Geburtenrate 2007 von 1,2 auf 1,3 nicht zu erkennen. Noch schneller als die Bevölkerung insgesamt sinkt die Zahl der Arbeitsbevölkerung. Prognosen des staatlichen russischen Statistikamtes gehen von einer Verringerung von etwa heute 75 Millionen auf 60 bis 65 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter bis 2025 aus. Gleichzeitig fehlen heute in den großen Zentren qualifizierte Arbeitskräfte. Das führte bereits zu Lohnsteigerungen von mehr als 20 Prozent in den vergangenen Jahren, ohne das die Produktivität in annäherndem Tempo stieg. In Moskau sank die Arbeitslosigkeit 2007 unter 2 Prozent. Landesweit lag sie bei 5,6 Prozent. Unter diesen Bedingungen ist es schwer vorstellbar, dass der von Putin und Medwedjew angestrebte Umbau Russlands von einer rohstofforientierten zu einer wissensbasierten Gesellschaft gelingen wird.

## 8. Ökologie, Energie, Klima

Die russische Umweltpolitik zeichnet sich seit Jahren durch einen Rückbau ökologischer Schutzrechte aus. 2002 wurde die Einfuhr von Atommüll gesetzlich wieder erlaubt. Zudem verabschiedete die Regierung ein Programm zum massiven Ausbau der Atomenergienutzung. Bis 2020 sollen bis zu 38 neue Reaktoren ans Netz gehen. Der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung stützt vor allem auf die Förderung von Erdöl und Erdgas, das oft unter Missachtung russischer und internationaler Umweltschutzbestimmungen transportiert wird. Gleichzeitig werden im Land die Energieressourcen ineffektiv genutzt. Im Zuge der gestiegenen Energiepreise auf dem Weltmarkt steigen auch die Preise in Russland. Die Rohstofforientierung der Wirtschaft und die Suche nach einem möglichst hohen Wirtschaftswachstum gerät immer wieder in direkten

Konflikt mit ökologischen Fragen. Ökologie wurde in den vergangenen Jahren als Wirtschaftshemmnis und als Konkurrenz gesehen.

Der neue Präsident Dmitrij Medwedjew schlug allerdings schon vor seiner Wahl neue Töne an, indem er ökologische Fragen für vordringlich erklärte. Entsprechend wurde nach dem Wechsel im Präsidentenamt mit dem Ministerium für Naturressourcen und Ökologie erstmals im Jahr 2000 ein Ministerium eingerichtet, das das Wort „Ökologie“ im Namen trägt, allerdings an zweiter Stelle, nach Nennung der Naturnutzung.

### **Neue Strategie für die Strombranche**

2007 hat die russische Regierung eine *Neue Strategie zur Entwicklung des Stromversorgung* des Landes beschlossen. Sie sieht neben dem Austausch von Gas durch Kohle vor allem den massiven Ausbau der Atomenergie vor. Durch die Gassubstitution soll der devisabringende Export ins Ausland sicher gestellt werden. Die zunehmende Verstromung von Kohle wird in Russland noch schneller an die Grenze der ihm nach dem Kyoto-Protokoll zustehenden CO<sub>2</sub>-Quoten bringen. Neben den unmittelbaren Umweltschäden in Russland, u.a. wegen veralteter Kraftwerks- und Filtertechnologie, dürfte diese Strategie unmittelbaren Einfluss auf die russische Verhandlungsführung für ein Post-Kyoto-Abkommen haben. Angesichts der Größe des Landes muss nicht darauf hingewiesen werden, wie wichtig eine nicht blockierende Haltung Russlands im Verhandlungsprozess ist. Sollten die Demokraten in den USA die anstehenden Präsidentenwahlen gewinnen, ist denkbar, dass Russland zum Hauptproblemland einer neuen Klimavereinbarung wird.

### **Atom**

Der geplante *Ausbau des Atomenergiesektors* hat eine ganze Reihe von Aspekten. Neben dem geplanten Bau von bis zu 38 neuen Reaktoren bis 2020 sind das der Wiederaufarbeitungszyklus, verstärkte Anstrengungen, russische Atomtechnologie ins Ausland zu verkaufen,

das Management von ausländischem und russischem Atommüll, sowie die Proliferationsproblematik. Die neuen Reaktoren sollen größtenteils an bereits bestehenden AKW-Standorten zusätzlich oder als Ersatz für alte Reaktoren erbaut werden. Es sind aber auch zwischen fünf und zehn neue Standorte geplant. Ein integriertes Atomzentrum zur Herstellung von Atom Brennstoff und zur Wiederaufarbeitung ist im sibirischen Angarsk auf der Basis einer schon bestehenden Fabrik im Bau. Dort soll auch ausländisches Atommaterial bearbeitet werden. Die russische Regierung bietet diesen Standort beispielsweise für die Aufarbeitung iranischer Atombrennstoffe an. Seit einigen Jahren wird zunehmend ausländischer Atommüll, darunter aus Deutschland, zur Wiederaufarbeitung nach Russland gebracht. Entgegen anderslautender Versicherungen bleibt ein bis zu 90 Prozent großer Teil dieses Materials in Russland als Atommüllimport. Die Lagerbedingungen dieser und vor allem der russischen Abfälle sind hochgradig unzureichend. In Majak explodierte im September 1957 ein Lager mit Atommüll. Dieser lange geheim gehaltene Unfall war wahrscheinlich nach der Tschernobyl-Katastrophe derjenige mit der größten freigebliebenen Menge strahlenden Materials.

Ein großes Problem sind zudem die russischen Exportambitionen. Die Atomtechnologie ist eine der wenigen Hochtechnologien, bei denen Russland auf dem Weltmarkt im Preis-Leistungsverhältnis mithalten kann. Dabei spielen Sicherheitserwägungen eine noch geringere Rolle als bei westlichen Firmen. Obwohl Russland kein Interesse an einer Verbreitung von militärischer Atomtechnologie hat, gefährden die weitgediehenen Pläne schwimmende Atomkraftwerke zu bauen, das Nichtverbreitungsregime in starkem Maße.

### **Öl und Gas**

Ökologisch höchst bedenklich ist die zunehmende Öl- und Gasförderung im Nordmeerschelf, in der Ostsee und an der Pazifikküste im Fernen Osten. Der Zustand der Förder- und Transportanlagen auf dem Festland, vor

allem im hohen Norden und in Sibirien, lässt nicht viel Hoffnung zu, dass dort sorgfältiger und vorsichtiger vorgegangen wird. Die zunehmende Verdrängung internationaler Ölkonzerne wie Shell oder BP aus Russland vermindert zudem die Möglichkeit, Einfluss auf die Ölförderung auszuüben.

Trotz der „grüneren“ Töne von Präsident Medwedjew sind grundsätzliche Änderungen der russischen Umweltpolitik eher unwahrscheinlich. Die zunehmende Einschränkung der Möglichkeiten öffentlichen Protests durch eine rigide Versammlungsgesetzgebung hat ökologische Gruppen zwar nicht in gleicher Weise getroffen wie beispielsweise Menschenrechtsgruppen. Allerdings gibt es nur wenige Gruppen, die es wagen, sich im Bereich Öl- und Gas zu engagieren. Hier zu protestieren, gilt als gefährlich, sowohl für AktivistInnen als auch für WissenschaftlerInnen und ExpertInnen.

Die staatliche Abstinenz bei der Ökologie macht es schwierig, in den Zukunftsbereichen der erneuerbaren Energieträger und der Energieeinsparung voran zu kommen. Beide Bereiche haben enorme, kaum zu überschätzende Potentiale. Energiesparpotentiale ließen sich aufgrund der maroden und veralteten Infrastruktur in praktisch allen Bereichen relativ schnell und mit vergleichsweise geringem Aufwand realisieren. Das zeigen eine ganze Reihe von Untersuchungen. Öffentliche Kampagnen für Energiesparen sind allerdings selten und meist wenig effektiv. Ähnliches gilt für erneuerbare Energieträger. Insbesondere das Windenergiepotential ist angesichts der Größe und Weite des Landes enorm.

### **Russland und das Klima**

Klimapolitik ist bis heute in Russland ein eher exotisches Thema weniger ExpertInnen, das weder von der Politik noch von der Bevölkerung ernst genommen wird. Daran ändert auch nichts, dass der Klimawandel inzwischen eine herausragende Stellung in internationalen Zusammenhängen einnimmt. Bis heute herrschen zwei Reaktionen auf das Thema vor. Die eine leugnet den

Klimawandel, während die andere hervorhebt, dass ein nördliches und kaltes Land wie Russland ein paar Grad Erwärmung nur gut tun könnten. In diesem Zusammenhang wird auf die dadurch mögliche Ausweitung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen des Riesenlandes verwiesen.

Doch nicht nur diese weit verbreitete Klimageignoranz machen Russland zu einem schwierigen Verhandlungspartner für die zweite Phase des Kyoto-Protokolls. Schon das erste Protokoll wurde 2004 erst nach der Zusagen der EU ratifiziert, im Gegenzug den Weg für Russlands Beitritt zur WTO frei zu machen. Seither ist zur Implementierung so gut wie nichts geschehen. Klimafragen bleiben offensichtlich für den Kreml vorerst kaum mehr als internationale Verhandlungsmasse. Mehr noch gelten die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll in weiten Teilen der politischen Elite als Fessel.

Bis heute gibt es in Russland unter Wissenschaftlern und Politikern viele Klimaskeptiker. Lange Zeit leugneten sie, dass der Klimawandel menschlichem Einfluss geschuldet ist. Zwar sind die Klimaskeptiker auch in Russland leiser geworden, doch gilt es noch immer als schick, sich wie der damalige Präsident Putin über die „westliche Klimahysterie“ zu mokieren. Doch die Auswirkungen des Klimawandels sind auch für ein nördliches Land wie Russland eher bedrohlich als vorteilhaft. Schon Ende 2005 legte die Wetterbehörde Rosgidromet eine Studie vor, die die Auswirkungen des Klimawandels auf Russland detailliert und regional differenziert beschrieb. Die wichtigsten Gefährdungen:

- extreme Wetterereignisse wie Überflutungen, Hochwasser, Schneelawinen, Erdbeben, Orkane und Orkanböen werden stark zunehmen;
- zwar werden die erneuerbaren Wasserressourcen um bis zu zehn Prozent zunehmen, doch regional sehr unterschiedlich: In manchen Regionen wird es zuviel Wasser (Überschwemmungen, Hochwasser) geben, in anderen wird sich Wassermangel verstärken;

- die Landwirtschaft wird eher profitieren, weil im Norden mehr Land wirtschaftlich nutzbar werden wird, angesichts höherer Temperaturen und veränderter Niederschlagsmengen müssen sich aber viele Regionen anpassen und neue oder andere Nutzpflanzen anbauen;
- durch das Auftauen der Permafrostböden werden von eingeschlossenen Pflanzen große Mengen Methan und Kohlendioxid freigesetzt, die den Treibhauseffekt verstärken;
- zwar wird Russland durch wärmere Winter bis zu zehn Prozent seiner zur Heizung eingesetzten Brennstoffe einsparen können, aber gleichzeitig ist die meist auf Permafrostböden errichtete Förder- und Transportinfrastruktur der Öl- und Gasindustrie durch das Auftauen gefährdet. Schon heute werden 5000 bis 7000 Unfälle an Öl- und Gaspipelines auf Schwächung der Fundamente zurückgeführt, die im auftauenden Permafrostboden versinken.

Die Folgen des Klimawandels in Russland dürften differenzierter und regional unterschiedlicher sein als in südlicheren Weltregionen. Gleichzeitig gibt es keine staatliche Klimapolitik. In einem im Februar 2008 von der Regierung verabschiedeten „Generalplan für die Verteilung der Objekte der Stromwirtschaft“ kommen die Worte „Klima“, „Treibhausgase“ oder „CO<sub>2</sub>“ nicht vor. Bis heute gibt es keine funktionierende Gesetzgebung zur Förderung erneuerbarer Energieträger. Zwar soll bis zum Jahr 2020 die Energieintensität der russischen Volkswirtschaft halbiert werden, aber bisher ist weder der politische Wille sichtbar noch gibt es die dafür nötigen Instrumente und Finanzen. Der immer wieder diskutierte Verkauf von Emissionsrechten könnte ein Anreiz für die russische Regierung sein, sich ernsthafter mit dem Klimawandel zu beschäftigen. Das allein wird aber nicht ausreichen, aus Russland einen verantwortlichen Verhandlungspartner in internationalen Klimakonferenzen zu machen.

Drei Dinge könnten helfen: Die russische Modernisierungsstrategie hat bisher das Potential im erneuerbaren Energiesektor kaum erkannt. Ein Angebot

der EU, in diesem Bereich ernsthaft zusammen zu arbeiten, könnte ein Ansatz sein. Zum zweiten sollten jene NGO, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen unterstützt werden, die das Thema Klimawandel in Russland ernsthaft diskutieren. Aufklärung sowohl der Bevölkerung als auch der politischen und wirtschaftlichen Elite sind dringend nötig. Und: Es wird auch in der nächsten Klimarunde nicht ohne einen politischen Handel ausgehen. Die russische Staatsführung hat sich in den vergangenen Jahren darin eingerichtet, der EU Zugeständnisse in Bereichen abzuhandeln, die eigentlich im beiderseitigen Interesse liegen.

## Ausblick

2007 und die erste Jahreshälfte 2008 hat sich der Kreml im Wesentlichen auf das große Ziel eines möglichst reibungslosen Wechsels im Präsidentenamt konzentriert. Diesem Ziel wurden alle anderen politischen Wünsche und Notwendigkeiten untergeordnet. Der Druck auf die schon schwache und vereinzelte Opposition wurde noch einmal erhöht. Die Absicherung des riskanten Umbaus des Machtsystems wurde durch eine fast schon sowjetisch anmutende antiwestliche Kampagne begleitet. Die Dumawahlen im Dezember zeigten, wie vollständig die Kontrolle des Kreml über den öffentlichen politischen Raum in Russland ist. Dieses Kunststück wurde mit der gleichen Feind-Rhetorik bei den Präsidentenwahlen im März 2008 wiederholt.

Beide Wahlen demonstrierten auch noch einmal eindrücklich die Kontrolle des Staates über das Fernsehen, vor allem die überregionalen und landesweiten Sender. Eher toleriert die Machtelite diese kleinen Freiheitsräume als eine Art Überdruckventil für eine kleine Minderheit kritischer Bürger in Russland, dass es in Russland eine demokratische Freiheit gibt. Doch diese Freiheitsräume und kleinen demokratischen Gemeinschaften, bestehend aus einigen wenigen politisch engagierten NGO und einer Handvoll

verstreuter PolitikerInnen, sind weitgehend isoliert und ohne Einfluss auf den politischen Mainstream. Zudem wissen sie genau, dass sie von der Gnade des Kremls abhängen.

Der Wechsel im Präsidentenamt ist geschafft, doch vor Präsident und Regierung stehen eine Reihe sozio-ökonomischer Herausforderungen. Die überfälligen Reformen, die demographische Situation und wachsende Erwartungen der Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Erholung der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass die Löhne in den vergangenen Jahren weit über dem Produktivitätszuwachs gestiegen sind und voraussichtlich weiter steigen werden. Mit Putin hat sich das Land auf einen neuen Gesellschaftsvertrag geeinigt: Materieller Wohlstand und persönliche Freiheit für die Menschen im Tausch gegen politische Partizipation. Dieser Vertrag ist nach dem Georgienkrieg und angesichts der Finanzkrise gefährdet.

### Abkürzungen/Glossar

AKM	Kommunistische Jugendavantgarde, linksradikaler, der Kommunistischen Partei nahestehender Jugendverband
AKW	Atomkraftwerk
CO2	Kohlendioxid
EU	Europäische Union
ER	Einiges Russland, Kremlpartei mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, ihr gehören alle ehemaligen Sowjetrepubliken an, außer den der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland
Jabloko	liberale Partei, seit 2003 nicht mehr im Parlament vertreten
KPRF	Kommunistische Partei der Russischen Föderation, Nachfolgepartei der KPdSU

LDPR	Liberaldemokratische Partei Russlands, rechtsradikale Partei von Wladimir Schirinowskij
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBP	Nationalbolschewistische Partei
NGO	Nichtregierungsorganisation
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, ein der Vorläuferorganisationen des KGB unter Stalin
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland
RAO JES	Russische offene Aktiengesellschaft Vereinigte Energiesysteme; zum 1. Juli 2008 nach weitgehender Privatisierung aufgelöste Holding des staatlichen Strommonopols
RPR	Republikanische Partei Russlands, zum Jahresende 2006 zwangsweise aufgelöste Partei, Vorsitzender: Wladimir Ryschkow
RSPF	Russischer Verband der Industriellen und Unternehmer
SPS	Union der Rechten Kräfte, eine liberale Partei, seit 2003 nicht mehr im Parlament vertreten
WTO	Welthandelsorganisation